

UNI INFO

Herausgeber: Presse- und Informationsstelle der Universität Oldenburg, Ammerländer Heerstraße 67-99, Postfach 1503, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 798-213, Telex 25655 unol d. Redaktion: Gerhard Harms (verantwortlich), Gisela Rodenberg.

9 + 10/80

Verlag: Druck und Anzeigenverwaltung Littmann Druck, Rosenstraße 42/43, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 27051. Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck nur nach Rücksprache mit der Redaktion.

20. Juni

Erstmals über 5000 Studenten

Erstmals ist die Zahl der Studenten der Universität Oldenburg im Sommersemester 1980 über 5.000 gestiegen. Im Wintersemester 1979/80 studierten 4.960 an der Hochschule, jetzt sind es über 5.100. Der Andrang der Studienbewerber war wieder verhältnis-

mäßig groß. Immerhin schrieben sich annähernd 500 Studenten ein, davon je die Hälfte für die einphasige Lehrerausbildung und für die Diplomstudiengänge. Über 300 Studenten exmatrikulierten sich - vornehmlich wegen Beendigung ihrer Ausbildung.

Raapke: „Nicht vor dem Lehrerstudium warnen“

Keine Lehrerschwemme bis Mitte der 90er Jahre

„Nicht vor dem Lehrerstudium warnen.“ Dies ist das Resümee, das der Interimspräsident der Universität Oldenburg, Prof. Dr. Hans-Dietrich Raapke, aus einer Reihe von neuen Erkenntnissen und Prognosen über die neue Lehrerausbildung und den Lehrerberuf gezogen hat. Raapke stützt sich dabei auf Ergebnisse, die jetzt in der Niedersächsischen Landeshochschulkonferenz, der Westdeutschen Rektorenkonferenz und auf einer Tagung über den Hochschulausbau in Niedersachsen des DGB vorgetragen worden sind.

Zweifelloso, so erklärte Raapke, gäbe es zur Zeit noch viele arbeitslose und kurzarbeitende Lehrer. Vor allem beim Eintreten in den Beruf müßten Lehrer offenkundig noch Schwierigkeiten und Verzögerungen hinnehmen. Aber es wachse auch allmählich wieder die Zahl der unbesetzten Stellen - besonders in abgelegenen Landgebieten und in weniger attraktiven Städten.

Auf diesem Hintergrund habe jetzt auch die Landeshochschulkonferenz dem Niedersächsischen Wissenschaftsminister dringend von einer weiteren Verminderung der Lehrerausbildungskapazität abgeraten. Als „unvorstellbar“ bezeichnete in diesem Zusammenhang Raapke den Vorschlag des Wissenschaftsrates, die Grund- und Hauptschullehrerausbildung von den Universitäten Braunschweig, Göttingen, Hannover abzuziehen und nach Hildesheim zu verlagern. In einem Arbeitspapier für die Landeshochschulkonferenz, die sich aus den Leitern aller niedersächsischen Hochschulen zusammensetzt, vertritt Raapke die Auffassung, daß voraussichtlich die Hälfte oder noch mehr der etwa 7.000 - 8.000 Stu-

dienplätze in diesem Bereich auf der Strecke bleiben würden.

Raapke geht davon aus, daß es in absehbarer Zeit keineswegs - wie bisher immer prognostiziert - eine Lehrerschwemme geben werde. Dies machten Zahlen deutlich, wie sie vor allem vom Institut für Regionale Bildungsplanung, Arbeitsgruppe Standortforschung, in Hannover ermittelt worden seien. Für die Mitglieder der Landeshochschulkonferenz sei dabei deutlich geworden, daß sowohl aufgrund der rechnerischen Prognosen als auch wegen des jetzt neuerdings an den Hochschulen zu beobachtenden Studierhaltens der Studienanfänger voraussichtlich bis etwa 1995 mit einem nennenswerten Überschuß an Lehrern nicht zu rechnen sein werde.

Die stark rückläufige Wahl von Studiengängen für die Ausbildung von Grund- und Hauptschullehrern ist nicht zu übersehen, ebenso wenig die immer stärkere zeitliche Verzögerung beim Übergang vom Abitur zum Studium. In immer mehr Fällen schieben die künftigen Studenten erst eine praktische Berufsausbildung vor

Fortsetzung auf S. 2



CDU-Abgeordnete beim Präsidenten

Im Rahmen der kontinuierlichen Gespräche mit den Parteien hat Interimspräsident Professor Dr. Hans-Dietrich Raapke mit den CDU-Landtagsabgeordneten des Nordwestraums über den Ausbau sowie über die Einrichtung neuer Studiengänge an der Universität diskutiert. Außerdem wurde erneut über die Möglichkeiten einer Nachfolgeeinrichtung in den Gebäuden des Wilhelmshavener Max-Planck-Instituts gesprochen. Vor anderthalb Jahren hatte sich die Universität vergeblich um den Komplex bemüht.

Es wird gerammt

Die Baufirma, die den Zentralbereich am Uhlhornsweg errichtet, teilte mit, zu welchen Zeiten sie Pfähle in die Erde rammt. Montags dauern die Arbeiten jeweils von 10 bis 12.30 Uhr und von 13 bis 18 Uhr, dienstags bis donnerstags von 7 bis 12.30 Uhr und von 15 bis 18 Uhr, freitags von 7 bis 13 Uhr. Ende August soll die Pfahlgründung abgeschlossen sein.

Von den Oldenburger Absolventen haben 26 ihren Arbeitsplatz in den norddeutschen Bundesländern gefunden. Da 41 Studienanfänger aus diesem Gebiet kamen, wird deutlich, daß die Raumplaner aus Oldenburg sich auch in anderen Bundesländern durchsetzen vermögen. Dieser Tendenz entspricht, daß nur acht Prozent der Absolventen ihre Ausbildung für unzureichend halten. Die Kritik der Berufsanfänger orientiert sich auf Mängel an „praktikablem Handwerkszeug“. Die positive Bilanz soll in Zukunft noch dadurch verbessert werden, daß direkte Kontakte mit den Absolventen auch im Sinne einer Weiterbildung regelmäßig stattfinden.

Horst Zilleßen erster gewählter Präsident

Absolute Mehrheit im zweiten Wahlgang

Großer Beifall brach bei der „Linken Liste“ und bei der Professorengruppe „Demokratische Hochschule“ aus, als am 4. Juni Gremiensachbearbeiter Wolfgang Wulf um 14.15 Uhr an die am Podium der Aula aufgestellte Tafel hinter dem Namen Zilleßen die Zahl 47 schrieb. Das bedeutete: Der Sozialwissenschaftler Dr. Horst Zilleßen hatte die absolute Mehrheit der Stimmen im Konzil im zweiten Wahlgang erreicht und damit das Ziel seiner Bewerbung: die Präsidentschaft der Universität Oldenburg. Kanzler Jürgen Luthje, noch zwei Tage zuvor Favorit dieser Wahl, mußte sich mit 42 Stimmen geschlagen geben. Auf der Strecke blieb in diesem Duell der Essener Architekturprofessor Wolfgang Thomas. Er erhielt - weit unter Wert geschlagen - im ersten Wahlgang lediglich zwei Stimmen.

Der 42jährige Leiter des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Evangelischen Kirchen in Deutschland (EKD), Dr. Horst Zilleßen, konnte sich bei seiner Wahl hauptsächlich auf ein Bündnis von Professoren unterschiedlicher Couleur und auf Minderheiten im sogenannten Mittelbau und Dienstleistungsbereich stützen. Die entscheidende Rolle spielte dabei die Koalition der größten Hochschullehrergruppe, der „Demokratischen Hochschule“ (DH), mit der „Linken Liste“ (Lili), die sowohl Hochschullehrer wie wissenschaftliche Mitarbeiter in ihren Reihen hat. Das Zustandekommen dieses Bündnisses war umso überraschender, als sich die beiden Gruppen als Pole im Rechts-Links-Spektrum innerhalb der Universität verstehen. Doch die politischen Positionen der noch im

Rennen verbliebenen Bewerber gaben wohl auch nicht den Ausschlag für den Zuschlag der Stimmen, denn die lagen nicht so weit auseinander. So war es auf Seiten der „Linken Liste“ auch wohl eine Anti-Luthje-Entscheidung mit variantenreichen Begründungen. Sie reichten von mehr oder weniger persönlich gefärbten Aversionen bis hin zu der Argumentation, Luthje müsse Kanzler bleiben, „damit der Minister uns nicht irgendjemanden einsetzen kann.“

Bei der DH spielte dagegen die künftige Beteiligung in der Uni-Spitze die wichtigste Rolle. Großen Ärger hatte bei ihr die Tatsache ausgelöst, daß ihr Kandidat, der Historiker Professor

Interview mit Horst Zilleßen auf Seite 2

Dr. Ernst Hinrichs, nicht auf die Dreierliste des Senats gekommen war. Als sich dann auch keine Mehrheit für ihn als Vizepräsident abzeichnete, unterbreiteten Hochschullehrer der Lili der „Demokratischen Hochschule“ ein Angebot: Wahl Zilleßens durch die DH, dafür bedingungslos Unterstützung eines von der DH benannten Kandidaten für den ersten Vizepräsidenten. Zwei Tage vor der Wahl wurde der Vorschlag von Mitgliedern der Lili abgelehnt, die über 17 Sitze im Konzil verfügt. 24 Stunden später nahm auch die „Demokratische Hochschule“ mit ihren 26 Vertretern im Konzil das Angebot mehrheitlich an. Zwar

Fortsetzung auf S. 2

Vorschlag für Vizepräsidenten

Der Senat hat für die am 25. Juni stattfindende Wahl der beiden Vizepräsidenten dem Konzil drei Kandidaten vorgeschlagen: den Dekan des Fachbereichs II, Pro-

fessor Dr. Peter Köll, die Mathematikerin Professor Dr. Irene Pieper-Seier und den zur Zeit amtierenden Interimspräsidenten Professor Dr. Hans-Dietrich Raapke.

Gegenbesuch aus Groningen am 23. Juni

Am 23. Juni 1980 wird eine Delegation der Rijksuniversiteit te Groningen die Universität Oldenburg besuchen. Die Groninger Gruppe, der u.a. der dortige Rektor Professor Dr. Borgmann und Kanzler Kuvers angehören werden, will insbesondere Organisation und Verwaltung der Universität Oldenburg kennenlernen. Dies ist der erste offizielle Besuch von Mitgliedern der Groninger Universitätsleitung bei ihrem neuen Kooperationspartner in Oldenburg. Gesprochen wird dabei auch über die weitere Entwicklung der Zusammenarbeit und über die Verwendung der im Kooperationsvertrag vorgesehenen Finanzmittel. Im Rahmen des Kooperationsvertrages sind bereits mehrere Projekte angelaufen, sowohl bei den Raumplanern wie bei den Naturwissenschaftlern beider Universitäten.

Region will in Jurakommission beteiligt sein

Bedauern haben die Mitglieder der Delegation, die im März dieses Jahres die „Denkschrift über die Einrichtung eines Studienganges Rechtswissenschaften an der Universität Oldenburg“ an den Ministerpräsidenten überreicht haben, darüber geäußert, daß die bereits getroffene Grundsatzentscheidung der Landesregierung über die Einrichtung eines Jurastudienganges von einem Votum einer Expertenkommission abhängig gemacht werden soll. Bei einem Gespräch mit der Uni-Leitung in der Hochschule kritisierte die Delegation, die sich aus den Spitzen der Stadt, der Oldenburgischen Landschaft, der Industrie- und Handelskammer und der Anwaltskammer zusammensetzte, auch den zögernden Verlauf bei der Besetzung der Kommission. Gleichzeitig meldete sie Anspruch auf Beteiligung von Regionalvertretern an.

Erfolgversprechender Platz für Oldenburger Raumplaner

Studiengang erfaßte Berufstätigkeit der Universitätsabsolventen

In einer ersten Analyse untersuchte der Studiengang Raumplanung der Universität die Berufsaussichten und Entwicklungsmöglichkeiten in der beruflichen Tätigkeit seiner Absolventen. Professor Dr. Klaus Brake und Dipl.-Ing. Werner Steimer kommen zu dem Schluß, daß sich die Oldenburger Raumplaner-Ausbildung in der Bundesrepublik durchsetzt. Zu einer positiven Einschätzung kommen dabei auch Absolventen und Arbeitgeber.

Die ersten 50 Absolventen haben inzwischen ihre Ausbildung abgeschlossen, im Sommer 1979 fand daher eine erste Untersuchung zur Arbeitsmarktsituation der Oldenburger Diplom-Ingenieure statt. Dabei wur-

de festgestellt, daß 40 Absolventen einen Arbeitsplatz gefunden haben. Sie haben sich durchschnittlich zehnmal beworben.

Die genauere Untersuchung der Beschäftigungsbereiche ergab, daß 31 Absolventen im Bereich Stadtplanung, drei in der Regionalplanung, vier in Lehre und Forschung und zwei als Referendare tätig sind. 52 Prozent arbeiten im öffentlichen Dienst, 13 Prozent in privaten Büros und 26 Prozent als Selbstständige. Nicht in allen Fällen konnte allerdings eine Tätigkeit vermittelt werden, die auch tatsächlich der Qualifikation der Bewerber entspricht.

Kooperation mit Groningen

Gemeinsames Projekt über Nutzung der Ressourcen in der Ems-Dollart-Region

Auf Einladung von Prof. Dr. Kummerer (Regionalplanung) fand Mitte Mai ein Gespräch mit dem Groninger Professor van den Berg in Oldenburg statt. Van den Berg ist maßgeblich an der Planerausbildung der Universität Groningen beteiligt. Im Rahmen eines 10-semestrigen Ökonomie-, Soziologie-, Geographie- oder Biologie-Studiums können Studenten ein Jahr planungswissenschaftlich arbeiten, bevor sie dann ihre Diplomarbeit im eigenen Fachgebiet anfertigen.

Die einjährige Planungsaktivität der Studenten wird in Form eines Projektes durchgeführt: Nach viermonatiger Aufarbeitung der „Theorie“ und intensiver Einarbeitung in die Projektproblematik folgt die Projektbearbeitung und -durchführung vor Ort. Da das geographische Institut mit 25 wissenschaftlichen Mitarbeitern, welches die Planerausbildung inhaltlich begleitet, u.a. auf dem Gebiet der Regionalplanung in peripheren Gebieten langjährige Erfahrung besitzt, bietet sich hier eine enge Kooperation mit dem Projekt 42 „Regionale Entwicklungsprozesse“ der Universität Oldenburg an. Zwischen van den Berg und den Lehrenden Behnen, Freytag, Kummerer, Ossorio und Windelberg wurde deshalb ein Projekt vereinbart, das den Titel „Gemeinsame Nutzungsmöglichkeiten gemeinsamer Ressourcen in der Ems-Dollart-Region“ trägt.

Nach einer Phase der „Inventarisierung“ von Lehrbüchern, Planwerken und universitärer Projektberichte im Wintersemester 80/81, in dem sich die Lehrenden aus Oldenburg auch in die niederländische Sprache einarbeiten wollen, soll im SS 80 dann eine Analyse der gemeinsamen Regionalprobleme an beiden Universitäten erfolgen. Damit in dieser Phase eine Koordination der Projektarbeit mit den Studenten erfolgen kann, soll je ein Lehrender aus Oldenburg und Groningen im gleichzeitigen Austausch an der entsprechenden Universität gewissermaßen als „Kontaktperson“ lehren.

Für das WS 81/82 ist die von Studenten und Lehrenden beider Universitäten gemeinsam zu gestaltende „Feldphase“ vorgesehen. Hier soll vor Ort in Ostfriesland und/oder der Provinz Groningen in einer sechsmo-natigen Intensivphase ein Plan ent-

wickelt und ansatzweise realisiert werden, der einen Teil der erkannten regionalen Problematik beseitigen soll. „Dabei geht es nicht um die übliche „Fallschirmplanung“, wo vorgefaßte Meinungen und Programme über der Bevölkerung abgeworfen werden, sondern um ein Konzept der Planung mit den regional wirksamen Institutionen und der vor Ort ansässigen Bevölkerung, erklärte van den Berg.

Dieses Konzept der universitären

Keine Warnung vor Lehrerstudium

Fortsetzung von S. 1
dem Studienbeginn ein. Das hat Auswirkungen auf die Belegung der Hochschulen insgesamt, so daß der sogenannte Studienberg, dessen Spitze 1985 erreicht sein soll, voraussichtlich nur sehr langsam bis zum Ende der 90er Jahre abflachen wird.

Jedenfalls kann nach Ansicht Raapkes wohl kaum mit einem höheren Überschuß an Lehrern gerechnet werden, „als das in anderen akademischen Ausbildungsgängen für normal gehalten wird“. Bemerkenswerte Übersüsse an Lehrern seien allenfalls in der Sekundarstufe II, und auch dort nur in einigen Fächern, zu erwarten.

Daher ist nach Auffassung des Erziehungswissenschaftlers eine Verminderung der Lehrerausbildungskapazität in Niedersachsen unter keinen Umständen anzustreben. Im Gegenteil: Die immer noch geltende Wiederbesetzungssperre für Stellen, die in den Hochschulen der Lehrerausbildung dienen, müsse dringend aufgehoben werden.

Für die Universität Oldenburg komme es vor allem darauf an, daß nach dem Auslaufen des Modellversuchs der einphasigen Lehrerausbildung die Studiengänge mit Abschlußmöglichkeit für alle Schulformen und -stufen zumindest des allgemeinbildenden Schulwesens eingerichtet würden. Es dürfe auf keinen Fall die Realschullehrerausbildung aus Oldenburg abgezogen werden.

Dieckert zwei Jahre nach Brasilien

Prof. Dr. Jürgen Dieckert, Sportwissenschaftler im FB I, wird am 1. September an der Universidade Federal in Santa Maria in Brasilien für zwei Jahre eine Gastprofessur antreten.

Kooperation auf der Ebene gemeinsamer (Lehr-)Projekte soll später ausgedehnt werden. Ebenso soll der Austausch von wissenschaftlichem Personal und Studenten durch Entwicklung geeigneter Strukturen (z.B. Anerkennungsabmachungen über Studienleistungen) institutionalisiert und verstärkt gefördert werden. Hierfür stehen nicht nur Mittel aus dem Kooperationsvertrag, sondern auch aus dem EG-Haushalt zur Verfügung. jw

Horst Zilleßen erster Präsident

Fortsetzung von S. 1
stimmten nicht alle Vertreter der DH am nächsten Tag für Zilleßen, aber mit Unterstützung aus dem Bereich der Dienstleister setzte sich Zilleßen schon im ersten Wahlgang an die Spitze. Er erhielt 44 Stimmen, Lütjhe 40, Thomas 2 Stimmen. Im zweiten Wahlgang konnte Zilleßen dann die absolute Mehrheit der Konzilsmitglieder auf sich vereinen. 47 von 91 stimmten für ihn. Lütjhe erhielt 42 Stimmen. 2 Konzilsmitglieder konnten sich nicht entscheiden und enthielten sich der Stimme.

Für Lütjhe hatten der sozialdemokratisch orientierte „Arbeitskreis Hochschulpolitik“, der „Bund demokratischer Wissenschaftler“ und die Studentenvertreter sowie die Mehrheit der ÖTV gestimmt. Vertreter der Studenten (mit Ausnahme des LHV) und des BdWi machten allerdings klar, daß Lütjhe nicht ihr Kandidat sei. Sie waren zunächst fest entschlossen gewesen, in den ersten beiden Wahlgängen keinem Kandidaten eine Stimme zu geben, um dann wieder ihre Kandidatin, die Mathematikerin Professor Dr. Irene Pieper-Seier, präsentieren zu können, die ebenfalls in der Dreierliste des Senats nicht berücksichtigt worden war. Unter dem Eindruck der großen Koalition stimmten sie dann bereits im ersten Wahlgang für Lütjhe.

Der erste gewählte Präsident der Universität Oldenburg wird voraussichtlich am 1. Oktober sein Amt antreten. gh

Dieckert, der sich bereits mehrfach in Brasilien aufgehalten hat, hatte das Angebot im vergangenen Jahr erhalten. Jetzt genehmigte der Minister die Gastprofessur.

Wolfgang Schulenberg feierte 60. Geburtstag



Am vergangenen Wochenende fand in der Universität ein Symposium zum Thema „Bildungsforschung und Gesellschaftspolitik“ statt, an dem auch zahlreiche auswärtige Wissenschaftler teilnahmen - darunter so prominente Namen wie Ammen, Blankertz, Klafki und Strzelewiez. Sie alle verband nicht nur das Thema, sondern auch der Anlaß der Veranstaltung: der 60. Geburtstag von Professor Dr. Wolfgang Schulenberg. Professor Dr. Hermann Helmers, Germanist im FB II und langjähriger Kollege, beschreibt das Leben jenes Mannes, der wie kaum ein anderer die Entwicklung der Hochschule nachhaltig beeinflußt hat.

Wolfgang Schulenberg wurde am 11. Juni 1920 in Bremen geboren und ist dort aufgewachsen. 1936 mußte er die Schule verlassen und auf das Studium verzichten, weil er nicht bereit war, der Hitler-Jugend beizutreten. Er absolvierte eine Lehre in einem Bremer Überseehaus und arbeitete anschließend in Bremen, Liegnitz und Hamburg. Während des Krieges war er Soldat. Das Abitur hat er als Externer nachgeholt. Nach dem Krieg war er zunächst Bauarbeiter, bis er im Oktober 1945 an der Pädagogischen Akademie Oldenburg das Studium aufnehmen konnte. 1946 wurde er Lehrer in Schwei (Kreis Wesermarsch), wo er die dreiklassige Volksschule wieder eröffnete, deren Leitung er dann übernahm. An der Volksschule in Schwei legte er auch die zweite Lehramtsprüfung ab und leitete dann eine Junglehrerarbeitsgemeinschaft. 1951 wurde er Assistent an der Pädagogischen Hochschule Oldenburg.

Im Jahre 1952 begann er an der Universität Göttingen das Studium in den Fächern Pädagogik, Soziologie und Psychologie. Es folgte ein Forschungsaufenthalt an der Universität London. Im Göttinger Soziologischen Seminar übernahm er 1954 die Bearbeitung einer empirischen Untersuchung zur Erwachsenenbildung. Mit dieser Arbeit, die als „Hildesheim-Studie“ inzwischen zu den klassischen Untersuchungen der Bildungssoziologie gerechnet wird, hat er 1956 bei Helmut Plessner und Erich Weniger promoviert. Es folgte eine hauptamtliche Tätigkeit in der wissenschaftlichen Weiterbildung der Universität Göttingen.

1957 wurde Wolfgang Schulenberg als Dozent für Soziologie an die Pädagogische Hochschule Oldenburg berufen. Die Ernennung zum Professor erfolgte 1961 nach Ablehnung eines Rufes nach Münster. In den folgenden Jahren kamen zu den Arbeiten in Lehre und Forschung zunehmend hochschulpolitische Aktivitäten im Sinne einer Reform der Lehrerausbildung. 1968 wurde die Errichtung der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen beschlossen; Schulenberg war von 1969 - 1971 ihr erster Rektor. In seiner Amtszeit erfolgte u.a. der

Gründungsbeschuß für die Universität Oldenburg, an deren Errichtung Schulenberg maßgeblichen Anteil hatte (so publizierte er 1969 mit H. Helmers die Streitschrift „Zur Frage einer Universität im Nordwesten Niedersachsens“). Nach Ablehnung weiterer Rufe nach Hannover und Berlin ist Wolfgang Schulenberg seither als Professor für Soziologie an der Universität Oldenburg in Lehre und Forschung tätig, daneben und damit engagiert in der Selbstverwaltung und in der Hochschulpolitik.

Wolfgang Schulenberg hat zahlreiche Bücher und Aufsätze veröffentlicht. Eine besondere Stellung nehmen darunter die beiden umfangreichen Untersuchungen von 1966 („Bildung und gesellschaftliches Bewußtsein“, mit W. Strzelewiez und H.-D. Raapke) und von 1978 („Soziale Faktoren der Bildungsbereitschaft Erwachsener“, mit H.-D. Loeber, U. Loeber-Pautsch und S. Pühler) ein, die in einer direkten Verbindung zur „Hildesheim-Studie“ stehen, so daß hier ein größerer Forschungskomplex über mehr als zwei Jahrzehnte sichtbar wird.

Zu den zahlreichen Schülern Schulenburgs, die heute im Schuldienst sind, kommt eine nicht geringe Zahl von Doktoranden. Noch in der Zeit der Pädagogischen Hochschule haben Alfred Ammen und Gertrud Achinger, beide jetzt Hochschullehrer an der Universität Hannover, sowie Gerd Vonderach, heute Hochschullehrer an der Universität Oldenburg, ihre Dissertation bei Schulenberg geschrieben. An der Universität Oldenburg haben Klaus Urban, Dieter Brühl (derzeit tätig an der brasilianischen Universität Pessoa), Herbert Schwab, Heidi Knake-Werner und Wolf-Dieter Scholz bei Schulenberg (im Zusammenwirken mit Jost von Maydell) promoviert; Agnes Janssen wird ihre Oldenburger Promotion auf dem Gebiet der Medizin erweitern.

Unser Dank und unsere Wünsche zu seinem 60. Geburtstag gelten Wolfgang Schulenberg als hervorragendem Hochschullehrer und Wissenschaftler, sowie nicht zuletzt als einem Menschen in der humanen Bedeutung des Wortes. Hermann Helmers

Wie kommt die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik vom Tisch?

Forschungsvorhaben des Volkswirtschaftlers Prof. Dr. Wolfgang Pfaffenberger

Wer darf wieviel verdienen, damit die Arbeitslosigkeit vom Tisch kommt? Die Beantwortung dieser Frage steht im Mittelpunkt eines Forschungsprojektes, an dem Prof. Dr. Wolfgang Pfaffenberger, Hochschullehrer im Fach Volkswirtschaftslehre, der Wirtschaftsstatistiker Dr. Hans-Peter Litz und der Dipl.-Volkswirt Jens B. Vetter von der Oldenburger Universität arbeiten.

Das Projekt - seine genaue Bezeichnung lautet: „Preis- und verteilungstheoretische Aspekte der Ursachen von Arbeitslosigkeit“ - wird aus Mitteln der VW-Stiftung finanziert. Es hat zunächst den Charakter einer Voruntersuchung, mit der geklärt werden soll, welche theoretischen und empirischen Möglichkeiten überhaupt bestehen, um in einer umfassenderen Untersuchung den Kern der Frage befriedigend beantworten zu können und um schließlich eine Methode zu erarbeiten, mit deren Hilfe jährlich Prognosen für die „richtige“ Einkommensverteilung erstellt werden können.

Diese Frage ist von großer grundsätzlicher Bedeutung, hat jedoch einen ganz aktuellen Bezug. Denn in der Bundesrepublik muß seit 1973 ei-

ne andauernd hohe Arbeitslosigkeit registriert werden, und es muß erwartet werden, daß in der Zukunft bei einem verlangsamten Wirtschaftswachstum und steigender Erwerbsbevölkerung dieses Problem sich noch verschärfen wird.

Die Oldenburger Wissenschaftler sind davon ausgegangen, daß der volkswirtschaftliche Beschäftigungsgrad wesentlich mit der Einkommensverteilung verknüpft ist. Eine wissenschaftliche Methode zur Bestimmung der „richtigen“ Verteilung des Einkommens auf Löhne und Gewinne sei allerdings noch nicht gefunden worden, ließ der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung noch in seinem letzten Jahresgutachten verlauten.

Um die Arbeitslosigkeit abzubauen zu können, fordern nun die Oldenburger Wissenschaftler, „daß sich die wirtschaftspolitische Diagnose und Beratung hinsichtlich des Spielraums, der für die Lohnentwicklung vorgeschlagen wird, an der Vollbeschäftigung orientiert.“

Als Instrument einer solchen Diagnose wollen die Wissenschaftler ein multisektorales Wachstumsmodell zur Erfassung der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge entwickeln. Sie können sich dabei auf theoretische Vorarbeiten aus Cambridge stützen, die aber in mancher Hinsicht noch weiterentwickelt werden müssen. Mit Hilfe der Input-Output-Tabelle soll das Modell auf die Wirklichkeit bezogen werden, da - so Prof. Pfaffenberger - „zwischen reiner Wirtschaftstheorie und ihrer Anwendung eine erhebliche Lücke klafft“. In einer Hauptuntersuchung wird dann das Modell auf die Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik angewandt werden. uk

„Es ist auch die Aufgabe von Universitäten, gleichsam Realitätsbilder von Konfliktpartnern zu vermitteln“

Interview mit dem designierten Präsidenten der Universität Oldenburg Dr. Horst Zilleßen (Bochum)

UNI-INFO: Herr Zilleßen, warum haben Sie sich gerade in Oldenburg beworben?

ZILLESEN: Es sind viele Gründe gewesen. Einer der Gründe war die Größe bzw. die Kleinheit der Uni Oldenburg. Dieses vis-a-vis hier mit der Universität Bochum kann nur abschrecken, wenn man sich Gedanken darüber macht, in einer solchen Organisation Verantwortung zu übernehmen. Insofern erschien mir der Gedanke, an eine kleine Universität zu gehen, wenn ich schon dieses Institut verlassen, sehr verlockend. Das liegt ja auch im Hinblick auf die Themen nahe, mit denen ich mich in der Vergangenheit beschäftigt habe. Ich bin mehr für kleinere Einheiten und nicht für Mammutlösungen.

UNI-INFO: Und politische Gründe haben keine Rolle gespielt? Der Uni eilt ja zumindest ein linksliberaler Ruf voraus, ob das nun richtig ist oder nicht.

ZILLESEN: Nein. Nicht unbedingt. Das war eine sympathische Begleiterscheinung, weil ich von meiner politischen Position her mit den Ideen sympathisiere, die mit dem Namen Carl von Ossietzky verbunden werden - mit eben dem „linken Ruf“, der der Universität Oldenburg gegeben wird bzw. den sie sich selbst gibt. Nach Gesprächen, die ich geführt habe, habe ich den Eindruck, daß das ein „sowohl als auch“ ist.

UNI-INFO: Nun sind Sie ja von einer Koalition der Antipoden....

ZILLESEN: Ja ja, so habe ich's auch selbst empfunden.

UNI-INFO: „gewählt worden. Das Bündnis von „Linker Liste“ und „Demokratischer Hochschule“ bedeutet, daß sich hier zwei Gruppen, die in der Sache kaum auf einen Nenner zu bringen sind, auf eine Person geeinigt haben. Sehen Sie darin ein Problem?

ZILLESEN: Ich sehe zunächst Probleme darin, daß von unterschiedlichen Seiten, also z.B. von diesen beiden Antipoden, wie Sie sie genannt haben, sehr konkrete Erwartungen auf mich zukommen werden. Das steht mir selbstverständlich das Problem ins Haus, daß ich auf diese Erwartungen in einer Weise reagieren muß, daß ich nicht beide völlig enttäusche. Wobei auf der anderen Seite klar ist, daß ich nicht beiden voll werden entsprechen können.

UNI-INFO: Die eine Seite, die „Linke Liste“, hat sehr klar formuliert, was sie vom künftigen Präsidenten und speziell von Ihnen erwartet. Ich zitiere: „Der zukünftige Präsident sollte sich nicht der ‚Logik‘ des Ministeriums und den ‚Schwängeln‘ eines Großbetriebes einfach anpassen, sondern an die etwas seltenen Tugenden anknüpfen wie: Unbotmäßigkeit, Kritikbereitschaft, Mut zum Widerspruch, Einsatz für wissenschaftliche Freiheit, radikal-demokratische Courage im Sinne Carl von Ossietzky's“. Das ist gegenüber einem Leiter einer auch staatlichen Einrichtung sicher eine hohe Erwartungshaltung.

ZILLESEN: Das ist sicher richtig. Ich werde mich darauf einrichten müssen, an diesen Punkten gleichsam mit beiden Seiten, denen ich verantwortlich bin, Konflikte auszutragen. Das gilt einerseits im Hinblick auf die staatlichen Stellen. Hier wird der Präsident gefordert sein, um die Freiheit von Wissenschaft und Lehre, soweit es eben geht, zu verteidigen, die Weisungsgebundenheit soweit wie möglich einzuschränken. Auf der anderen Seite gibt es Konfliktefelder auch in der Hochschule - vor allen Dingen dann, wenn die Erwartungen aus der Hochschule mit den de facto ausgesprochenen Weisungen seitens

des Ministeriums kollidieren, die der Präsident erfüllen muß, wenn er nicht das Recht verletzen will.

UNI-INFO: Nun kann man aber nicht davon ausgehen, daß es innerhalb der Universität zu einer vereinheitlichten Position in vielen grundsätzlichen Fragen kommt.

ZILLESEN: Auch das ist richtig. Wobei möglicherweise eine Auseinandersetzung mit dem Ministerium die Aufgabe des Präsidenten nicht erschwert, sondern erleichtert, sofern es gelingt, allen Beteiligten klarzumachen, daß es um den Selbstbehauptungswillen und die Selbstdarstellung der Universität nach außen, daß es auch letztlich um die Belange aller Betroffenen geht, wenn der Präsident als Repräsentant der Hochschule gegenüber dem Staat auftritt. Und in dem Maße, in dem das gelingt, kann ja aus dem denkbaren Konflikt mit dem Staat eine integrierende Wirkung nach innen ausgehen.

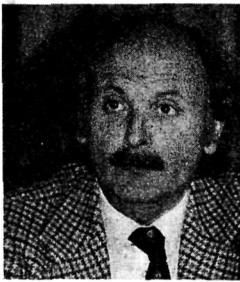
UNI-INFO: Zumindest ein größerer Konflikt steht in naher Zukunft ins Haus: Die Organisationsstruktur. An der Universität gibt es zur Zeit noch keine Institute. Die Gründungsgremien der Hochschule haben bewußt darauf verzichtet - nicht nur, um die Ordinarienherrschaft zu brechen, sondern auch um ein größeres Mitspracherecht der anderen Statusgruppen zu ermöglichen und insbesondere um bessere Voraussetzungen für interdisziplinäre Zusammenarbeit der Wissenschaftler untereinander zu ermöglichen. Nun scheiden sich an der Frage ganz erheblich jene Gruppen, die Sie gewählt haben. Während die „Demokratische Hochschule“ per Minderheitsvotum Institute und Seminare an der Hochschule durchsetzen möchte, kämpft zumindest offiziell die „Linke Liste“ dagegen. Wie kommt man da raus?

ZILLESEN: Ich hoffe, daß man da raus kann. Ich habe bei der Anhörung klar gemacht, daß ich zwar kleinere Einheiten für wünschbar halte, daß ich aber Bedenken habe hinsichtlich der Regelungen im NHG, die ja vorsehen, daß das Maß an Mitbestimmung, das innerhalb dieses Gesetzes möglich ist, bei den Instituten nicht gilt. Und ich hoffe, daß wir Lösungen finden, die die Interessen aller Beteiligten befriedigen. Ich könnte mir vorstellen, daß man im Rahmen des Niedersächsischen Hochschulgesetzes Lösungen findet, die es vermeiden, daß man die rechtlichen Absicherungen von Mitbestimmungsmöglichkeiten noch weiter reduziert, als es das Gesetz ohnehin schon tut.

UNI-INFO: Die Vertreter der quantitativ größten Gruppe der Hochschule, die Studenten, haben Sie nach eigenen Worten einheitlich nicht gewählt. Können Sie sich vorstellen, warum?

ZILLESEN: Da sind wahrscheinlich mehrere Gründe maßgebend gewesen. Der erste scheint mir eine Fehlinterpretation von Äußerungen auf den Anhörungen zu sein, wo mir unterstellt worden ist, ich würde Positionen des RCDS in den Vordergrund rücken. Davon kann keine Rede sein. Meine Position ist die: Wenn es um Einsatz für Minderheiten geht, dann kann es in einer bestimmten Situation auch einmal der RCDS sein, für den der Präsident sich einsetzt, wenn dessen Argumente und Positionen in einem bestimmten Meinungskampf unterzugehen drohen. Es kann nicht in der Art und Weise verstanden werden, daß ich mich nun gleichsam zum ständigen Fürsprecher des RCDS machen würde. Nebenbei: In irgendeinem Flugblatt habe ich sogar gelesen, ich sei mitverantwortlich für die Durchführung des Atomprogrammes der Bundesre-

Horst Zilleßen



Dr. Horst Zilleßen (42), zur Zeit noch Leiter des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Evangelischen Kirchen in Deutschland in Bochum, studierte in Köln Politikwissenschaften. 1962 legte er das Examen ab und trat danach unmittelbar in Kirchengemeinden ein. Nach dreijähriger Tätigkeit im Sozialwissenschaftlichen Institut der Kirche im Rheinland, das sich im Bereich der Erwachsenenbildung betätigt, übernahm er dessen Geschäftsführung. 1969 wechselte er in jenes Institut über, in dem er auch heute noch tätig ist und dessen Leitung ihm 1970 übertragen wurde. Im gleichen Jahr übernahm er die Leitung des Politischen Klubs der Evangelischen Akademie Tutzing, in dem die politische Führung der Bundesrepublik nicht selten über Grundsatzzfragen diskutiert. Schon sehr früh setzte sich Zilleßen mit dem Thema Ökologie auseinander, dem er zahlreiche Publikationen gewidmet hat. Er war auch erster Vorsitzender des Bundesverbandes der Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU). Sein Engagement in diesem Bereich führte auch dazu, daß ihn der Bundesinnenminister in einen Beraterkreis „Energie und Umwelt“ in den sechsköpfigen Projektbeirat „Risikostrategien“ berief. Zilleßen selbst markiert seine politische Position als „linksliberal“.

gierung, was natürlich absurd ist. Ich habe schon 1973 öffentlich im Fernsehen ein Moratorium verlangt, als das noch nicht so gängig war, wie das heute ist.

UNI-INFO: Kritik haben die Gruppen ja auch geübt wegen Ihrer Haltung zum politischen Mandat. Wie Sie wissen, ist dazu die Meinung der Gremien der Hochschule eindeutig: Sie verlangen das politische Mandat für den AstA vom Gesetzgeber. Die bisherigen Universitätsleitungen haben sich auch stets um eine liberale Auslegung der jetzigen Gesetzesbestimmungen bemüht.

ZILLESEN: Das ist meine Position auch. Das, was ich allerdings den Studenten gesagt habe, ist, ob es nicht manchmal ratsam sei, angesichts der Problematik, um die es da geht, und angesichts der geringen Wahlbeteiligung, auf die sie ihr Mandat stützen, auch einmal diejenigen zu berücksichtigen, die politisch anderer Meinung sind, wenn sich beispielsweise der AstA zu irgendeiner Frage äußert. Ich habe sozusagen zu einem vorsichtigen, behutsamen, aber doch konkreten Umgang mit dem politischen Mandat aufgefordert. Das ist meine Position. Ich will das weder beschneiden noch herunterspielen. Ich meine nur, wenn man sich für Minderheiten einsetzt, und das ist ja auch etwas, was in der Tradition von Carl von Ossietzky liegt, muß man eben auch selbst sehen, daß man in einer bestimmten Situation

einmal Mehrheitsmacht ausüben kann und möglicherweise auch einmal in eine Tyrannei der Mehrheit kommt, wie sie in der Politikwissenschaft diskutiert wird. Da meine ich, wäre es einfach angemessen, sich manchmal zu fragen, ob man die Rechte oder die Meinung anderer angemessen berücksichtigt hat.

UNI-INFO: Sie erwähnen Ossietzky in diesem Zusammenhang. Sie wissen, die Universität hat mit einer Grundordnung den Lehrbetrieb aufgenommen, die in ihrem Paragraphen 1 den Anspruch formuliert: „Sie (nämlich die Hochschule) nimmt den kritischen Auftrag und die politische Verantwortung der Wissenschaft in der Gesellschaft wahr und fördert die Verbindung von Wissenschaft und gesellschaftlicher Praxis im Dienste des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts. Dadurch trägt sie zur demokratischen Entwicklung einer sozialen Gesellschaftsordnung bei“. Obwohl dieser Satz für jede Universität eigentlich selbstverständlich sein sollte, hat er doch damals relativ großes Aufsehen erregt. Vielleicht nicht zuletzt deshalb, weil die Hochschulen in den letzten hundert Jahren mehr gegen als für die Fortentwicklung der Demokratie in Deutschland getan haben. Die Universität Oldenburg wollte mit ihrem § 1 wohl deutlich demonstrieren, daß sie gegen diese „Tradition“ eine andere setzen will. Halten Sie diese andere Traditionspflege für wichtig?

ZILLESEN: Dies beantwortet sich meiner Meinung vor dem Hintergrund der Tatsache, daß ja Wissenschaft in der Vergangenheit sehr wenig nach Zielen gefragt hat. Die Diskussion um die Wertfreiheit der Wissenschaft hat vielen die Augen dafür verschlossen, daß mit den Ergebnissen der Wissenschaftler unterschiedliche Ziele erreicht werden können. Und daß Wissenschaft nicht nur dem Frieden, sondern auch dem Kriege dient, das ist ja nun hinreichend bekannt. Insofern, meine ich, könnte man in der Tat auch als Wissenschaftler aus Fehlern lernen und eingestehen, daß die vielbeschworene Wertfreiheit der Wissenschaft eben doch vor Probleme stellt, die man nicht einfach übergehen kann. Daher scheint es mir jedenfalls richtig zu sein, daß man der Wissenschaft und auch dann der Universität ein konkretes Ziel - nämlich das des Friedens oder der Gerechtigkeit vorgibt. Einfach, weil klar sein muß, daß es nicht selbstverständlich ist, daß Wissenschaft Zielen dient, die allgemein anerkannt werden können. Daher ist diese Tradition, die ja relativ kurz ist, durchaus wert, fortgesetzt - vielleicht auch noch verstärkt zu werden.

UNI-INFO: Dennoch hat gerade die in diesem Zusammenhang stehende Namensgebung zum Teil die Aversionen gegen die universität in der Region erheblich erhöht. Das gewollte Kind der Region „Universität Oldenburg“ wird von manchen nicht sehr geliebt. Auf der anderen Seite möchte die Universität aber auch gerade für die Region dasein. Auch das steht in ihrer Grundordnung. Wären Sie denn noch bereit, trotz der kürzlichen Entscheidung des niedersächsischen Landtages, der die Namensgebung ja abgelehnt hat, die nach wie vor bestehende Forderung der Universität nach dem Namen öffentlich zu vertreten.

ZILLESEN: Ich würde das durchaus für sinnvoll halten. Irgendwann ändern sich auch politische Mehrheitsverhältnisse, und im Hinblick auf diesen Fall ist es sogar notwendig, die Forderung nach dem Namen aufrechtzuerhalten, damit sie nicht in Vergessenheit gerät.

UNI-INFO: Herr Zilleßen, Sie selbst sind seit 10 Jahren im Bereich Umweltschutz sehr engagiert. Sie wissen auch, daß in der Universität Oldenburg - insbesondere bei den Naturwissenschaftlern - sehr viel in diesem Bereich getan wird. Doch nicht immer können die „ökologisch orientierten“ Wissenschaftler in unserer Region mit dem Verständnis für ihre Forschung rechnen.

ZILLESEN: Wie bekannt, gibt auch inzwischen der Bund der deutschen Industrie zu, daß Umweltschutz nicht Arbeitsplätze vernichtet, sondern schafft. Hinzu kommt ja, daß Umweltschutz zunehmend ein wichtiger Industriezweig wird, der mit einem beachtlichen Maß an technischem know-how verbunden ist, was sich noch exportfördernd geltend machen kann. Insofern kann ich mir schon vorstellen, daß es gerade auch in dieser Region sinnvoll und durchaus möglich sein kann, die Wirtschaft von der Notwendigkeit von Umweltschutzmaßnahmen zu überzeugen.

UNI-INFO: Überzeugen müßte man wohl auch einige Gewerkschafter. Wie Sie wissen, besteht seit über 6 Jahren zwischen der Universität Oldenburg, dem DGB Landesbezirk und der gewerkschaftlichen Bildungseinrichtung Arbeit und Leben ein Kooperationsvertrag, der sich ganz offensichtlich bewährt hat. Ist dies ein Vertrag, dessen Erfüllung auch Ihre gezielte Förderung erfahren wird?

ZILLESEN: Ja. Zunächst bin ich der Meinung, daß möglichst viele gesellschaftlichen Kontakte in der Universität verwirklicht werden müssen. Das hat mehrere Gründe. Die Universität muß wissen, wie die gesellschaftliche Entwicklung bestimmt, mit welchen Voraussetzungen und von welchen Zielsetzungen her etwa im industriellen Bereich, in den Gewerkschaften oder in den Kirchen oder in anderen Verbänden Politik gemacht wird. Es ist auch die Aufgabe von Universitäten, gleichsam Realitätsbilder von möglichen Konfliktpartnern zu vermitteln. Grundsätzlich, meine ich, ist zu bedenken, daß gerade Universitäten - zumal eine Universität mit der Zielsetzung, wie sie gerade beschrieben wurde - sich für diejenigen engagieren sollten, die auf dem Feld von Wissenschaft und Technologie bisher benachteiligt worden sind. Das gilt sicher einerseits für den gewerkschaftlichen Bereich. Da kann ich diesen Ansatz nur voll begrüßen, weil er Lücken ausfüllt, die mangels materieller Ressourcen entstanden sind. Die Industrie hat hinreichend Möglichkeiten, Forschung zu finanzieren und zu organisieren, die für sie wichtig ist, während das für die sozial schwächeren Bereiche nicht gilt. Um das zu aktualisieren: Dies gilt in meinen Augen andererseits sehr stark für das, was man Alternativ- oder Ökologiebewegung nennt. Sie hat in unserer Gesellschaft zur Zeit zumindest noch den Charakter einer Subkultur, ist aber gleichwohl für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung von erheblicher Bedeutung - weil sie sowohl Defizite anzeigt als auch möglicherweise die Richtung für notwendige Veränderungen angibt - also Wege verdeutlicht, die die Gesellschaft gehen muß, wenn sie überleben will. Von daher scheint es mir sehr sinnvoll zu sein, daß man gerade auch von der Universität her versucht, Hilfestellung zu geben und mit solchen Gruppen verstärkt ins Gespräch zu kommen, um deren Probleme wissenschaftlich aufzunehmen und deren Fragestellung vielleicht auch politisch verhandlungsfähig zu machen. gh

Neue Prüfungsordnung orientiert sich an zweiphasiger Ausbildung

Vorläufige PO wird noch in diesem Semester außer Kraft gesetzt

Noch in diesem Semester wird die neue „Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die einphasige Lehrerausbildung“ (APVO ELAB) die alte „Vorläufige Prüfungsordnung“ vom 12. November 1975 ablösen. Diese alte Prüfungsordnung war seinerzeit gegen den Widerstand der Universität erlassen worden: die Universität hatte insbesondere viel weitergehende Möglichkeiten zur Abschiebung der Prüfung durch Leistungsabweisung, die paritätische Beteiligung der Universität an Entscheidungen des Prüfungsausschusses und die gleich lange Ausbildung für alle Schulstufen gefordert. Aber weil sie doch in vielen Punkten Reformbemühungen zeigte und den Versuchsbedingungen der einphasigen Lehrerausbildung entsprach, hat sich diese Prüfungsordnung als Rahmen für Ausbildung und Prüfung insgesamt bewährt.

Diese Bewährung reichte jedoch nicht aus, die Regelungen bis zum Auslaufen des Modellversuchs beizubehalten. Die Tendenz, Reformen in Schule und Hochschule zurückzusetzen, an der Zweiphasigkeit als Regelform der Ausbildung trotz aller Probleme festzuhalten und die Ordnungen zu vereinheitlichen, führte schon bald zu einschneidenden Änderungen: 1976 wurde in Osnabrück die ELAB abgebrochen. 1978 wurden zunächst die Prüfungsämter zu einer einheitlichen Behörde zusammengelegt, wobei der universitäre Einfluß reduziert wurde; dann wurde mit dem ELAB-Gesetz die Stufenlehrerausbildung abgeschafft zugunsten der herkömmlichen schulfachbezogenen Ausbildung; und zuletzt wurden einschneidende Änderungen im Prüfungsverfahren angekündigt, insbesondere betreffend die Struktur der EG-Prüfungen und die Vermehrung von praktisch-theoretischen Prüfungen und Klausuren. 1979 wurde der dann ein erster Entwurf der neuen Prüfungsordnung vorgelegt (parallel dazu auch für Prüfungsordnungen der zweiphasigen Lehrerausbildung) und gleichzeitig der vorgezogene Abbruch der ELAB im Sekundarbereich II beschlossen; außerdem wurde das Prüfungsrecht der Assistenten weitgehend eingeschränkt. (vgl. Dokumentationsmaterialien 15/78, Lehr-Studium-Forschung 1/79, amtliche Mitteilung 1/80).

Der Entwurf zur neuen Prüfungsordnung zeichnete sich insbesondere durch folgende Änderungen aus:

1. Einführung von Bestimmungen über die berufspraktische Ausbildung (§§ 3-9)
2. Einführung von Bestimmungen über Regelstudienzeit und Prüfungsfristen (§§ 10 und 36)
3. Reduktion des Fächerspektrums: Anpassung der Arbeitslehre an das Schulfach Arbeit/Wirtschaft/Technik unter Abtrennung von Textiles Gestalten; Abschaffung von Arbeitslehre/Sek. II; Abschaffung von Geographie für das Handelslehramt (§ 12)
4. Desintegration des interdisziplinären EG-Bereichs (§ 13)
5. Vermehrung der Prüfungen im EG-Bereich; praktische Prüfungen auch in Textiles Gestalten, Hauswirtschaft und Technik; Klausuren in beiden Fächern (§ 13)
6. Einführung offizieller „Unterrichtsbesuche“ im 2. und 3. Studienabschnitt und von „Erfolgs-“ statt Teilnahmebescheinigungen für Erkundungen und Unterrichtsvorhaben (§§ 7 und 8)
7. Abschaffung der freiwilligen Leistungsnachweise sowie der Anrechnungsbefreiung der Gutachten (§§ 13, 23)
8. Einschränkung des Vorschlagsrechts für die Prüfungskommissionen (§ 16)
9. Beseitigung des Kontaktlehrers aus den EG- und Fachprüfungen;

Möglichkeit zur Einsetzung von Schulvertretern als Vorsitzenden in diesen Prüfungen (§ 16)

10. Beurteilung von Hausarbeit und Klausuren durch 2 Prüfer (§§ 22, 25)

11. Einschränkung der freien Entscheidung der Studenten über Klasse und Gegenstand der unterrichtspraktischen Prüfungen (§ 23)

12. Einführung der Möglichkeit zur Erweiterungsprüfung in weiteren Schulstufen, jedoch nicht in weiteren Schulstufen (§ 37).

Die Universität hat zu diesem Entwurf eine umfangreiche Stellungnahme beschlossen; insbesondere hat sie folgende generelle Feststellungen getroffen:

Beseitigung der Modellversuchsbedingungen

Der Entwurf zielt durchgängig auf die Angleichung an Regelungen für die zweiphasige Ausbildung, ohne die Intentionen des Modellversuchs und die in den vergangenen fünf Jahren gemachten Erfahrungen zu berücksichtigen. So werden sämtliche Ansätze zur interdisziplinären Praxisorientierung der Erziehungs- und Gesellschaftswissenschaften und zur Entlastung der Abschlußprüfungen durch studienbegleitende Leistungen, die konstitutiv für den Modellversuch sind, beseitigt, ohne daß dies aufgrund von Erfahrungen des Modellversuchs erforderlich geworden wäre.

Neuordnung bei gleichzeitigem Abbruch des Modellversuchs

Es wird nicht begründet, warum für den Modellversuch in dem Augenblick, in dem er abgebrochen werden soll, eine durchgängige Neuordnung angestrebt wird. Eine Neuordnung wäre allenfalls unter dem Aspekt der modifizierten Weiterführung der ELAB sinnvoll. Dem Gesetzesauftrag, Ausbildung und Prüfung im Rahmen einer Rechtsverordnung zu regeln, hätte für die auslaufende einphasige Ausbildung besser durch weitgehende Übernahme der Regelungen der Vorläufigen Prüfungsordnung in die Rechtsverordnung entsprochen werden können.

Kompliziertheit der Neuregelungen und der Übergangsbestimmungen

Im Gegensatz zu den Übergangsregelungen, die im Entwurf der Ordnung für die erste Prüfung der Grund- und Hauptschullehrer vorgesehen sind, ist eine Weitergeltung der bisher geltenden Vorläufigen Prüfungsordnung weitgehend ausgeschlossen worden. Durch die Kompliziertheit der Neuregelungen ist für die Studenten kaum durchschaubar, welche Regelungen jeweils auf sie anzuwenden sind, und die Organisation der Prüfungen durch das Prüfungsamt wird so sehr erschwert, daß eine geordnete Durchführung nicht mehr gewährleistet ist. Der Grundsatz, daß die Prüfungsbedingungen während der Ausbildung bekannt sein müssen, wird ständig durchbrochen, der Vertrauensschutz ist nicht gesichert. Mehrfach wurde im Kultusministerium verhandelt, der Termin des Inkrafttretens der neuen Ordnung - ursprünglich Januar 1980 - wurde immer weiter herausgezögert. Schließlich veröffentlichte der Kultusminister im März 1980 einen weiteren Entwurf der neuen Prüfungsordnung, der insbesondere folgende Änderungen - Verbesserungen und Verschlechterungen - gegenüber dem ersten Entwurf aufwies:

1. Keine Sanktionen bei Überschreitung der Regelstudienzeiten von 1. und 2. Studienabschnitt, verbesserte Verlängerungsmöglichkeiten im 3. Studienabschnitt.
 2. keine praktisch-theoretische Prüfung in Arbeitslehre.
 3. verstärkte Gewichtung der unterrichtspraktischen Prüfungen in Angleichung an die zweiphasige Ausbildung.
- Die Stellungnahme der Universität

hatte somit den Kultusminister nur in wenigen Punkten zur Rücknahme von Änderungen bewegen können; in einem der wichtigsten Punkte, den Übergangsregelungen, hatte er fast kein Entgegenkommen gezeigt. Die Universität hat deswegen im Mai 1980 nochmals ausführlich verbesserte Übergangsregelungen für die Studenten in höheren Semestern gefordert. Dem Vernehmen nach sollen einige, aber nicht alle dieser Bedenken berücksichtigt worden sein.

Insgesamt hat die Universität sich auf eine neue Prüfungsordnung einzustellen, die gewichtige Verschlechterungen für die Studenten, aber auch für Lehrende und Kontaktlehrer bringt, die den Zielen der Universität und der ELAB zuwiderlaufen. Dazu kommen die Schwierigkeiten, die sich aus der Einführung der zweiphasigen Ausbildung ergeben, für die ebenfalls relevante Änderungen vorgesehen sind. Es ist zu befürchten, daß durch die neue Prüfungsordnung bei Studenten in höheren Semestern diese Probleme kumulieren und zu unzumutbaren Belastungen werden. Die Universität wird deshalb versuchen müssen, weiterhin Änderungen der Prüfungsordnung anzustreben. Aber: auch nach der neuen Prüfungsordnung wird man weiter einphasig studieren können, werden nicht alle angestrebten Reformen zunichte gemacht. Das ZpB, die Zentrale Studienberatung und auch das Prüfungsamt werden nach Veröffentlichung der neuen Prüfungsordnung Veranstaltungen zur Information über Regelungen und Auswirkungen der Prüfungsordnung durchführen und auch zur Einzelberatung und Hilfestellung zur Verfügung stehen.

hjo

Seminar in Nartum

Der Schriftsteller Walter Kempowski wird ein Blockseminar am Dienstag, 8. Juli, und am Mittwoch, 9. Juli, jeweils von 9.30 - 20.00 Uhr an seinem Wohnort Nartum abhalten. Die Teilnehmerzahl für diese Veranstaltung ist auf 30 begrenzt. Am Thema interessierte Nichtgermanisten - auch aus anderen Fachbereichen - sind ebenfalls eingeladen. Eine Teilnehmerliste liegt in der Geschäftsstelle des Fachbereiches II aus. Die kostenlose Busfahrt beginnt jeweils um 8.15 Uhr auf dem Parkplatz zwischen dem VG und dem AVZ. Das Programm wird am 20. Juni am Germanistikbrett des Fachbereiches II im VG ausgehängt.

Bildungsminister Schmude:

„Qualität der Bildungsangebote muß auf allen Ebenen weiter gesteigert werden“

„Die Herausforderungen, vor denen wir im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich stehen, verlangen von der Bildungspolitik weiterhin mehr und bessere Bildung für alle Bürger“. Das erklärte der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Jürgen Schmude, am 3. Juni bei der Podiumsdiskussion zum Thema „Die Hochschulen in den neunziger Jahren“ im Rahmen der Jahresversammlung 1980 der Westdeutschen Rektorenkonferenz in Würzburg.

Schmude verdeutlichte die Perspektiven, auf die sich die Bildungs- und insbesondere die Hochschulpolitik auf dem Weg ins nächste Jahrzehnt einzustellen habe. Die Politik müsse dabei Tendenzen und Zukunftsentwicklungen im Blick behalten, besonders:

- die Notwendigkeit des wirtschaftlichen Strukturwandels,
- die demographische Entwicklung,
- die erkennbar deutlicher werdenden Grenzen des Wachstums.

An diesen Rahmenbedingungen



Bundesweite Resonanz fand auf dem Festival der VDS in Mainz die Forderung der Studenten, die unter der Bezeichnung „Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg“ angetreten waren, nach dem Erhalt der Einphasigen Lehrerausbildung (ELAB).
Fotos: Koopmann

Große Resonanz für ELAB bei VDS-Festival

200 Oldenburger Studenten beteiligten sich in Mainz

Für Studenten sind 25,- DM viel Geld - und in einem zusehends verschuldeten Studium 2 Tage viel Zeit; die meisten entschlossen sich daher erst kurzfristig, zum Festival der „Vereinigten Deutschen Studentenschaft“ (VDS) mitzufahren, was die Arbeit der Organisatoren nicht eben erleichterte. Wenn dennoch knapp 200 Kommilitonen aus dem „randständigen“ Oldenburg in Mainz dabei waren, „muß die Studentenbewegung mindestens für diesen Ort als recht lebendig eingeschätzt werden“, meint der AstA.

Neben dem Informationsinteresse an U- und Zuständen in anderen Universitäten hatten die Oldenburger allerdings auch ein verstärktes Informationsinteresse - und waren erstaunt über die Resonanz: Im „Klassenzimmer“ fand neben Ständen und Büchertischen mit Fachliteratur und Belletistik zum Thema (alternative) Schule eine Ausstellung zur Einphasigen Lehrerausbildung (ELAB) statt. „Den Mund fassend geredet“ hat sich eine Kommilitonin, die keine Frage zur ELAB unbeantwortet lassen mochte. An den Büchertischen mit den heißbegehrten ZpB-Materialien stellten sich über 500 Unterzeichner hinter die Forderung auf Erhalt der ELAB.

Diese Erfahrung regen Interesse der Kommilitonen von anderen Universitäten an Alternativen zur herkömmlichen Lehrerausbildung hat

Dreifaches gezeigt:

- Zum einen hat sich die traditionelle ZWELAB offenbar überlebt und schafft somit ständig studentisches Potential, das Alternativen hierzu fordert.
- Zum zweiten ist das Oldenburger Modell zwar dem Namen nach weiterhin bekannt, doch mangelt es an unserem Engagement, die Reformwilligen im ganzen Lande mit ELAB-Erfahrungen bekannt zu machen.
- Drittens: Resignation nach erfolgtem vorzeitigen ELAB-Abbruch (für Sekundarstufe II) ist nicht angebracht, sondern im Gegenteil, die Überwindung der selbstverschuldeten Isolation Oldenburger Studenten.

Das Festival war ein entscheidender erster Beitrag dazu, der den Beteiligten vor allen Dingen die Notwendigkeit zur intensiven Konsultation verdeutlichte.

Bei den zentralen Anliegen des Festivals - einen Beitrag gegen Rechts und Berufsverbote, gegen Rüstungswahnsinn und Atomprogramm zu leisten - hat sich gezeigt, daß ein Bewußtwerdungsprozeß in der Studentenschaft zu beobachten ist, worin Divergenzen hart diskutiert, aber immer deutlicher Gemeinsamkeiten formuliert und getragen werden. Das Festival der ca. 35.000 war: Kein Anlaß zum Jubeln - aber Berechtigung zur Hoffnung!

Peter König

müsse auch die Bildungspolitik ihre langfristigen Ziele überprüfen. Schmude betonte: „Dabei heißt mehr Bildung zugleich auch mehr Wissenschaft: Ohne das Innovationspotential und die Lösungshilfen der Wissenschaft können wir weder die Bildungsangebote verbessern noch die vor uns liegenden Herausforderungen insgesamt bewältigen.“

Zur Finanzierung der Bildungsvorhaben machte der Minister klar: „Weil es neben der demographischen Entwicklung zahlreiche andere Entwicklungslinien gibt, kann die mittel- und längerfristige Finanzplanung für das Bildungswesen nicht einfach nach den Jahrgangsstärken bemessen werden. Bildungsausgaben sind Investitionsausgaben. Wir werden uns nach Jahrzehnten des kräftigen Ausbaus auf geringere Zuwachsraten im Bildungsbudget einstellen müssen. Aber der Bildungshaushalt darf nicht zum Steinbruch werden, aus dem man nach Bedarf Mittel für andere Aufgaben herausbricht.“

In dieser Zeit zunehmend schwierigerer Verteilung der Steuermittel sei es fällig, in der Bildungspolitik eine Bilanz des Konsensfähigen zu ziehen: „Nach meiner Überzeugung wird sie günstiger ausfallen als nach den Schlagzeilen der tagespolitischen Kontroversen zu vermuten ist. Das gilt auch für die Hochschulpolitik“, sagte Schmude.

In einem solchen bildungspolitischen Konsens solle für die Hochschulpolitik der kommenden Jahre vor allem folgendes enthalten sein:

- Die Erhaltung der Hochschullandschaft in ihrer jetzigen Anlage.
- Übernahme zusätzlicher Dienstleistungen „im besten Sinne für unsere Gesellschaft“.
- Schaffung von Möglichkeiten für berufstätige Teilzeitstudenten.
- Wegfall des Numerus clausus auch in den letzten Fächern.
- Ausbau der wissenschaftlichen Weiterbildung.
- Stärkung der Forschung in den Hochschulen.

bmbw



Erst 'ne Weile Rechts: konservativer Herren-Klub in der Kaiserzeit...

Verstärkte Bemühungen um Forschung über Ossietzky

Die Zeichen mehren sich, daß von der Universität Oldenburg verstärkt Initiativen unternommen werden, die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Friedensnobelpreisträger und Publizisten Carl von Ossietzky zu intensivieren.

Mit den jetzt in Planung befindlichen Projekten zur Untersuchung der politischen und publizistischen Bedeutung von Ossietzky soll nun auf anderem Wege das erreicht werden, was mit der Namensgebung beabsichtigt war und ist: die Erinnerung an den Antifaschisten und Pazifisten wachzuhalten und aufzuzeigen, welche Aktualität seine in der Weimarer Republik viel beachteten Warnungen vor reaktionären und faschistischen Bestrebungen in Politik, Kultur und Gesellschaft noch heute besitzen.

Ziel eines vom Bibliotheks- und Informationssystem (BIS) bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gestellten Projektantrages ist die Dokumentation und Katalogisierung von veröffentlichten und unveröffentlichten Schriften und anderen Materialien Carl von Ossietzkys sowie die Erstellung einer umfassenden Bibliographie. Aufbauend auf die be-

reits intensiv betriebene Sammlung von Materialien von und über Ossietzky durch das am BIS eingerichtete Archiv soll nach weiteren Dokumenten und nach Briefen und Notizen gesucht werden. Eine solche Bibliographie könnte dann - zu einem späteren Zeitpunkt - zu einer kritischen Gesamtausgabe der Werke und zu einer wissenschaftlichen Ansprache gerecht werdenden Biographie Carl von Ossietzkys führen.

Mit einem zweiten, allerdings noch in der ersten Planungsphase befindlichen Vorhaben wird angestrebt, die Stellung Ossietzkys als kritischer Intellektueller zwischen Bürgertum und Arbeiterbewegung in der Gesellschaft der Weimarer Republik zu analysieren. Eng verknüpft damit ist die Untersuchung der Stellung der von Ossietzky geleiteten Zeitschrift „Die Weltbühne“, der nicht zuletzt auch von Ossietzky maßgeblich geprägten Pazifismusbewegung in Deutschland während des Ersten Weltkrieges und in der Weimarer Republik sowie der weltweit geführten Kampagne zur Verleihung des Friedensnobelpreises an Ossietzky.

Dieses Vorhaben, dessen inhaltliche Schwerpunkte gegenwärtig präzisiert werden, wird von einer Reihe Wissenschaftler - insbesondere aus dem Bereich der Gesellschaftswissenschaften - gemeinsam getragen werden. Zu seiner Finanzierung ist ein Förderungsantrag voraussichtlich bei der Stiftung Volkswagenwerk geplant. Bei der Vergabe dieser Mittel ist die niedersächsische Landesregierung maßgeblich beteiligt. Sie bekäme so Gelegenheit, ihre wiederholt vorgebrachte Bereitschaft zu beweisen, die wissenschaftliche Beschäftigung mit Carl von Ossietzky tatkräftig zu unterstützen.

Neben den genannten Vorhaben wird schließlich ein weiteres Projekt durchgeführt, in dessen Rahmen eine Ausstellung über Carl von Ossietzky erarbeitet wird, die als Wanderausstellung an verschiedenen Orten gezeigt werden soll. Damit wird die Möglichkeit geschaffen, insbesondere an Schulen am Beispiel Ossietzkys die Erinnerung an demokratische Traditionen in Deutschland wachzuhalten.

jb

„Erst 'ne Weile rechts... dann 'ne Weile links“

Theater gastierte in der Universität

Das Theater kam zum Publikum: Am 3./4. Juni gastierte das Oldenburgische Staatstheater mit dem Stück „Erst 'ne Weile rechts... dann 'ne Weile links“ in der Aula der Universität Oldenburg. Untertitel: Eine deutsche Revue, zunächst von 1900 - 1918, sodann von 1918 - 1933. Der Besuch war gut, der Applaus lang anhaltend, die Schauspieler waren zufrieden. Die Revue selbst, insgesamt mehr nach „rechts“ entlarvend als etwa nach „links“ dokumentierend, sollte kulinarisch, politisch, lehrreich sein.

Kulinarisch: Vor allem am ersten Abend stimmten Gegenstand und Satire bruchlos überein. Wilhelm II. wirkt schon als solcher komisch. Wo Politik an sich selbst ästhetisierend-operettenhaft sich präsentiert, bedarf es nur einer geringen satirischen Verfremdung, das hohle Pathos, die steife Zeremonie, das herrschaftliche Ritual zu entlarven. Dazu das bekannte Personal: der Burschenschaftler, der Unteroffizier, der Vereinspräsident. Alles dies wurde vergnüglich parodiert, mit musikalischer Verve karikiert, Szene für Szene auf das nicht vorhandene „deutsche Wesen“ zurückgeführt. Anders dagegen der zweite Abend. Hier konnte das Theater ausführlich auf überlieferte Songs, satirische Szenen, karikierende Plots zurückgreifen. Es langte zu, schweigend und mit naiver Darstellungslust, wohl selbst noch einmal überwältigt von den ironisch-lasziven Versatzstücken der „flotten 20iger Jahre“.

Politisch: Eine deutsche Revue des ersten Drittels des Jahrhunderts kann unpolitisch nicht sein. Da ist der Untertan, der erst das Machtgefüge stützt; der Offizier, der erst das Kriegspathos würzt; der Arbeitslose, der der Polizei den Sinn verleiht usw. Einige Szenen machten in diesem Sinn das soziale Elend, die politische Unterdrückung, die ökonomische Expansionslust, den Kriegswahn, die Remilitarisierung plastisch. Es waren eindrucksvolle Momentaufnahmen.

Drei politische Umbruchstellen bekam die Revue indes nicht in den Griff: die Kriegsinszenierung 1914, die niedergeschlagene Revolution 18/19, die Machtübergabe an den Faschismus 1933. Hier kolportierte die Revue bekannte Klischees, anstatt sie zu zerstören. Hindenburg etwa als Gallionsfigur macht die Kräfte, die Hitler einsetzten, nicht mehr transparent. In diesen Szenen war die Revue nur kulinarisch, von allen politischen Geistern verlassen.

Lehrreich: Es konnte viel gelacht, und dadurch einiges erkannt werden. Wo sich die Politik nicht in Klamauf auslöste oder das Kulinarische sich selbst feierte, war die Satire erhellend. Vor allem die Texte von Tucholsky und Brecht stimmten nachdenklich. Die Statistik über „Politische Morde“, von wem begangen und wie gesühnt, hatte Aufklärungswert. - Für eine deutsche Bühne eine seltene, begrüßenswerte Mischung.

tw



...dann 'ne Weile Links: Revolutionäre 1918/19 fordern Freiheit und Sozialismus.

Großes „Richtfest“ für Kindergarten Renovierungsarbeiten bald beendet

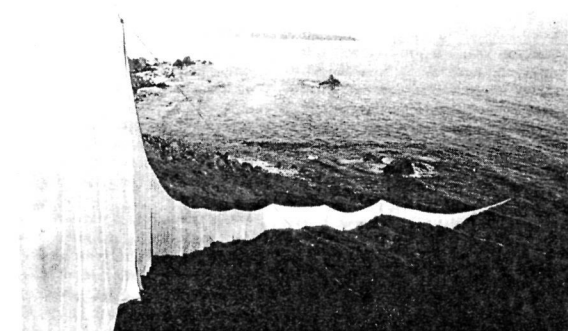
Mit großer Beteiligung rechnet der Selbsthilfekindergarten bei seinem „Richtfest“, das am 28. Juni um 11.30 Uhr morgens mit einem Kinderfest beginnen und mit einer großen Fete bis spät in die Nacht hinein enden soll. Der rührige Verein, der das vom Land zur Verfügung gestellte Bauernhaus an der Ecke Drögenhasenweg/Küppersweg zum erheblichen Teil in Eigenarbeit fertigstellt, hofft dabei nicht nur auf gute Stimmung, sondern auch auf locker sitzende Portemonnaies, denn er möchte mit diesem Fest auch etwas verdienen. Dafür dürfen die Gäste auch hoffen, etwas mitnehmen zu können. Denn bei der großen Tombola ist u.a. ein Gebrauchtwagen im Wert von 3.500 Mark zu gewinnen. Der Selbsthilfekindergarten hat finanzielle Hilfe sehr nötig, da er trotz Unterstützung durch die Stadt erhebliche Summen selbst aufbringen muß. Die Renovierung des vom Land zur Verfügung gestellten Bauernhauses kostet insgesamt fast 250.000 Mark. Davon trägt der Verein durch Eigenarbeit allein 90.000 Mark. Die Vereinsmitglieder müssen jedoch auch Kapital beisteuern. Mit dem Papiercontainer, der

am AVZ steht und von Universitätsangehörigen mit gestapeltem Papier „bedient“ wird, konnte der Kindergarten immerhin schon etwa 2.500 Mark einnehmen. Die Summe wäre erheblich höher, wenn nicht einige

Uni-Angehörige keine Skrupel hätten, dort auch ihren Haushaltsmüll abzuladen. Das Fest ist für Kinder und Erwachsene gedacht. Insgesamt hoffen die Veranstalter auf eine 12-Stunden-Fete.



Sie freuen sich auf das „Richtfest“ ihres neuen Kindergartens



Christo „The Running Fence“

Der Film „The Running Fence“ des Verpackungskünstlers Christo wird am Mittwoch, dem 25. Juni, um 18.00 Uhr in der Aula gezeigt. Christo ist durch seine Verpackungsaktionen und andere künstlerische Eingriffe in Landschaften so bekannt geworden, daß sich z. B. auch Studenten an der Universität Oldenburg seiner Mittel für ihre Zwecke bedienen, als sie das AVZ verpackten. Offensichtlich trifft Christo eine starke Bereitschaft in unserer Zeit, seinen Zugängen entsprechend Sehen erfahren zu lernen.

Der über 40 km lange „Running Fence“ über kalifornische Äcker bis in den Ozean ist eine der größten Aktionen Christos, die in jahrelanger Vorarbeit mit den Farmern entwickelt und schließlich von ihnen gegen Administrative Verbote zusammen mit Künstlern und freiwilligen Helfern durchgeführt wurde. Ein Film dokumentiert die Diskussion vorher, die Konstruktionsarbeit und die Wirkung des nach zwei Wochen wieder entfernten Vorhangs.

„Unser progressiver Uni-Alltag“

Oldenburger Studenten ergreifen Initiative für Selbsthilfegruppen

Angst, Isolation, Arbeitsschwierigkeiten, Probleme in der Partnerschaft oder der Familie, Leistungsdruck, Konkurrenzkampf - mehr oder weniger stark sind wir wohl alle von solchen Erfahrungen betroffen. Aber wir erleben sie erstmal als einzelne, für uns alleine, und fühlen uns oft kaum in der Lage, mit anderen darüber zu sprechen. Erst, wenn es überhaupt nicht mehr auszuhalten ist, suchen wir u.U. Hilfe bei Beratungsstellen und Therapeuten.

Eine andere und vielleicht auch schönere Möglichkeit ist es, diese Probleme in Selbsthilfegruppen zu bearbeiten. An anderen Unis (z.B. Gießen und Bochum) gibt es seit langem bereits ein ganzes Netz von Selbsthilfegruppen, die sehr gut laufen.

In diesem Semester haben wir in Zusammenarbeit mit der psychosozialen Beratungsstelle eine Initiative für Selbsthilfegruppen an dieser Universität geschaffen. Von uns aus sind

bisher geplant: eine Gruppe „Studentinnen mit Kind“, eine Gruppe „Kontaktschwierigkeiten“ sowie eine Körpererfahrungsgruppe.

Am Dienstag, dem 1. Juli, um 18.00 Uhr wollen wir in der Teestube VG 3, Stock eine Informationsveranstaltung durchführen, auf der wir über unsere Wünsche, Ideen und Pläne berichten. Vor allem natürlich auch darüber, wie Selbsthilfegruppen überhaupt arbeiten. Außerdem wollen die Teestubengruppe und eine Gruppe, die mit Plastiken soziales Verhalten an der Uni verdeutlicht hat, und die Mitarbeiter der PSB über ihre Arbeit und Erfahrungen berichten.

Wer sich an der Vorbereitung der Veranstaltung beteiligen möchte, sollte zu unseren Mittwochtreffs (18.00 Uhr Teestube VG) kommen. Nachrichten und Vorschläge erreichen uns über Marion Göhler, Jahnstr. 13, Oldenburg, oder über die Postfächer der PSB (Mensagang, VG 010).

Selbsthilfeinitiative

Lebenshilfe Leer wünscht Ausbildung in Oldenburg

Die Mitarbeiterversammlung der Lebenshilfe Leer e.V. fordert in einer Resolution an die Ministerien für Soziales, Wissenschaft und Kunst sowie an das Kultusministerium die Einrichtung eines Seminars für die Sonderpädagogische Zusatzausbildung für Erzieher, die in anerkannten Tagesbildungsstätten arbeiten. Dieses Seminar solle an der Universität in Oldenburg gegründet werden. In einem Schreiben des Betriebsrates heißt es zur Begründung dieser Forderung, daß nach der Novelle des Niedersächsischen Schulgesetzes von den Erziehern, die nach dem 1.4.1976 eingestellt worden seien, diese Zusatzausbildung verlangt werde. Bisher sei die Universität in Hannover für einen zweijährigen Lehrgang zuständig gewesen. Dieser Standort stellt nach Auffassung der Betroffenen jedoch eine erhebliche persönliche und finanzielle Belastung dar. Eine „erhebliche Erleichterung“ wäre es dagegen, wenn dieses Seminar an der Universität in Oldenburg eingerichtet würde. Schließlich weist der Betriebsrat darauf hin, daß sich die Mitarbeiter in ihrer Freizeit fortbilden „und von daher Unterstützung verdienen“.

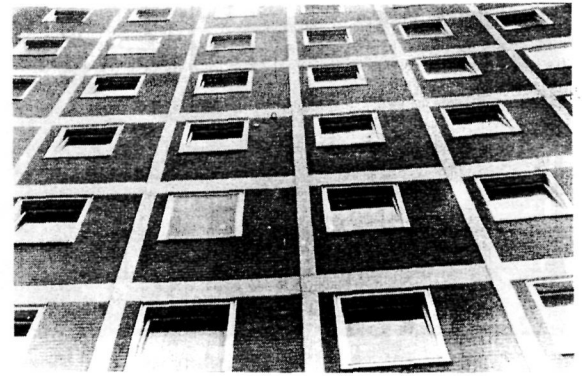
10.000 Lehrer können sich im Schuljahr 1980/81 in Niedersachsen weiterqualifizieren. Nach einer Mitteilung des Kultusministeriums liegen die inhaltlichen Schwerpunkte der Kurse bei der Weiterbildung für Lehrer, die ausländische Kinder, Religion, Arbeit-Wirtschaft-Technik oder im Berufsvorbereitung- und Berufsgrundbildungsjahr unterrichten. Die meisten Kurse werden für Lehrer an Gymnasien angeboten.

Prozeß um Gierke erneut verschoben

Der Rechtsstreit zwischen dem Sozialwissenschaftler Willi Gierke, Promotionsstudent an der Universität Oldenburg, und der niedersächsi-



Nach der Natur gezeichnet



Trotz vieler Wohnungen unter einem Dach können die Studentenwohnheime die Gefahr der Isolierung nicht aufheben. Zunehmende Psychische Probleme lassen die Forderung nach neuen Wohnformen erheben.

Unkonventionelle Studieneinführung

Einen neuen Versuch zu einer unkonventionellen Studieneinführung und -beratung startete die Fachschaft Musik für die neuen Musikstudenten. Im Mittelpunkt stand dabei ein Wochenende nur für Erstsemester direkt vor Beginn der Orientierungswoche. Treffpunkt war zunächst die Universität, wo die fachspezifischen Räumlichkeiten und Arbeitsplätze, Instrumente und Geräte vorgestellt wurden und auf andere wichtige Uni-Bereiche hingewiesen wurde, ohne daß der Uni-Betrieb dabei störte. Auf das Vortragen von Referaten über ELAB, Ossietzky, Studiengangsordnung etc. wurde verzichtet, da, wie die Fachschaft Musik in einem Bericht zusammenfaßt, „die Bedürfnisse sich in erster Linie auf das

Kennenlernen bezogen.“ Ein „Info für Musiker“, in dem u.a. diese Referate abgedruckt waren, lag jedoch für alle Interessierten bereit (wie auch eine entsprechende Anzahl von Veranstaltungsverzeichnissen), so daß sich jeder informieren konnte. Ein Info-Café bot den Erstsemestern die Möglichkeit, weitere Informationen auszutauschen und Eindrücke im gemeinsamen Gespräch zu verarbeiten. Es war aber auch vor allem ein Ort, von dem die Erstsemester wußten, daß sie dort Bekannte treffen würden. Die neuen Kenntnisse konnten am Ende der O-Woche in einer „Orientierungsrallye“ umgesetzt werden. Abschluß der Aktivitäten war ein „Klönnschnack“ am letzten Abend.

Leserbrief • Leserbrief

In der Ausgabe 7/80 wurde ein Erlaß des Ministers für Wissenschaft und Kunst veröffentlicht, und zwar lediglich zu Zwecken der Sprachregelung. Als Betroffener möchte ich dazu anmerken: Bereits während meines Mathematik-Studiums habe ich begonnen, die berufliche Praxis von Mathematikern in Wirtschaftsunternehmen zu untersuchen. Nach dem Examen habe ich jahrelang an der Universität Bielefeld an diesem Thema gearbeitet. Nach dem Willen der Carl-von-Ossietzky-Universität soll ich in diesem Beruf hier weiter arbeiten. Meine Ernennung erfolgt nicht, mir wird verboten, in meinem Beruf zu arbeiten. Oder nicht?

Minister Pestel in seinem Erlaß: „Wer dem Staate dienen will, darf nicht gegen den Staat und seine Verfassungsordnung aufbegehren und anrennen wollen.“ Nun bin ich allerdings der Meinung, daß ich im Rahmen der Verfassung auch für Veränderungen unserer Realität eintreten darf, und dieses Recht nehme ich in Anspruch. Begehrte ich damit auf? Denn was halten mir Verfassungsschutz und Ministerium vor? Ich hätte bei den Wahlen zum EG-Parlament für die DKP kandidiert. Eine legale Partei kandi-

diert wie andere Parteien auch. Das soll „Anrennen“ sein? Als Vorsitzender der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba arbeite ich mit Bundestagsabgeordneten und Bundesregierung zusammen. Das ist auch „Anrennen und Aufbegehren“?

Ich habe jahrelang in Bielefeld und Oldenburg gearbeitet, ohne daß mir je auch nur der Vorwurf gemacht wurde, unsäglich oder politisch einseitig, geschweige denn parteipolitisch in Lehre und Forschung gewirkt zu haben. Das zählt nicht, wohl aber die Anspruchnahme verfassungsmäßiger Rechte. Was Herr Pestel aber mitträgt ist die Bespitzelung, denn selbst Leserbriefe und Urlaubsgrüße an die Zeitung der DKP werden fein säuberlich zusammengetragen, notiert und archiviert.

Bei solchem Vorgehen darf sich Herr Pestel nicht wundern, wenn mittlerweile nicht nur in unserem Land, sondern in vielen Ländern für dieses verfassungsfeindliche Vorgehen immer mehr ein Wort benutzt wird, das auch mit einem „Aussprache-Verbot“ nicht aus der Welt geschafft werden kann: Berufsverbot.

Horst-Eckart Gross

RCDS will Stupa-Neuwahlen per Gerichtsbeschluß erreichen

Klage beim Verwaltungsgericht Oldenburg eingereicht

Klage hat der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) gegen die letzten Studentenparlamentswahlen erhoben. Die Studentengruppe, die wie in den Vorjahren nur geringe Resonanz bei den Oldenburger Studenten fand, möchte die Wiederholung der Wahlen erreichen. Als Begründung führte ihr Anwalt, der CDU-Landtagsabgeordnete Dr. Heinrich Niewerth, unter anderem die Tatsache an, daß der AStA in einem Flugblatt zur Nichtwahl des RCDS aufgerufen hatte.

Die Klage ist eine Reaktion auf die Entscheidung des Ältestenrates des Studentenparlaments, den ebenfalls vom RCDS eingelegten Widerspruch gegen die Wahl abzuweisen. Die Begründung fiel dabei rein formal aus: Das Schreiben des Rechtsanwaltes war nicht rechtzeitig eingegangen. Nach einer Mitteilung Niewerths ist dieses Versäumnis auf eine Auszubildende zurückzuführen, die bei der Versendung der Post einen Fehler gemacht habe.

Für die Berechtigung der Wahlanfechtung führte der Rechtsanwalt in seiner Klagschrift drei Punkte auf:

- Das Wahlgeheimnis sei bei den Stupa-Wahlen nicht gewährleistet gewesen, da keine Wahlkabinen aufgestellt worden seien.
- Die Chancengleichheit sei dadurch beeinträchtigt worden, daß die Kandidatenvorschläge des RCDS vom Informationsbreit bereits am ersten Tag des Aushangs abgerissen worden seien.
- Die Wahl sei auch nicht frei gewesen, weil der AStA als Organ einer

Körperschaft öffentlichen Rechts dazu aufgefordert habe, den RCDS nicht zu wählen.

In der Tat hatte der AStA während der Wahl ein Flugblatt herausgegeben, in dem es u.a. hieß: „Gebt den Gruppen, die nur dumme Sprüche als Wahlaussage haben oder die schweigende Mehrheit vertreten wollen, LUST und RCDS, in dem sie die verfaßte Studentenschaft auf die vielfältige Weise handlungsunfähig machen wollen, eine deutliche Abfuhr!“ Bei der Beanstandung dieses Flugblattes stützt sich der RCDS offensichtlich auf die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts, wonach es zum Beispiel Bürgermeistern untersagt ist, in Wahlkampfzeiten ihre amtlichen Einflußmöglichkeiten zu propagandazwecken zu benutzen. Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts muß es sich dabei allerdings um Wahlbeeinflussung handeln, „die geeignet ist, die Entscheidungsfreiheit des Wählers ernstlich zu beeinflussen.“

Diskussion zur Friedenssicherung

Zu einer Podiumsdiskussion mit dem Thema „Den Frieden sichern - aber wie?“ hat das Projekt „Frieden und Abrüstung die Oldenburger Kandidaten für die Bundestagswahl 1980 eingeladen. Die Veranstaltung beginnt am Donnerstag, 10. Juli, um 20 Uhr im Hörsaal B.

Vorsicht bei Beantragung der BAföG-Leistungsbescheinigung

Das Gesetz macht die Weiterförderung nach BAföG vom 5. Fachsemester an davon abhängig, daß eine Leistungsbescheinigung der Universität vorgelegt wird. Darin bescheinigt ein Fachvertreter, daß der Student die für die ersten vier Semester üblichen Leistungen erbracht hat.

Daß die fristgerechte Vorlage dieser Bescheinigung beim Amt für Ausbildungsförderung für Studenten auch Nachteile haben kann, ist nicht immer bekannt. Der Wunsch nach einer Verlängerung der Förderung mit der Begründung, in den ersten vier Semestern sei durch Gremientätigkeit, Krankheit oder sonstige schwerwiegende Gründe ein erheblicher Zeitverlust im Studium entstanden, wird nach Ansicht der Rechtssprechung durch die rechtzeitige Vorlage der Leistungsbescheinigung abgeschnitten. Die Leistungsbescheinigung wird also interpretiert als Aussage nicht nur über ein ordnungsgemäßes Studium den Ergebnissen nach, sondern auch als eins ohne relevanten Zeitverlust. Wer der Ansicht ist, daß für die ersten vier Semester bereits Gründe für eine Längerförderung gegeben sind, sollte daher von der Möglichkeit, die Leistungsbescheinigung

erst später beim Amt für Ausbildungsförderung vorzulegen, Gebrauch machen. Das Amt kann nämlich entsprechend dem eingetretenen Zeitverlust die Vorlage der Bescheinigung zu einem entsprechend späteren Zeitpunkt zulassen. Erst ab diesem späteren Zeitpunkt läuft dann die Weiterförderung (für die nächsten 4 Semester in den Diplomstudiengängen); die Förderung im ersten Abschnitt hört dementsprechend erst mit der verspäteten Vorlage (z.B. nach dem fünften Fachsemester) auf. Dies muß freilich beantragt werden; es reicht also nicht aus, einfach später die Bescheinigung abzugeben. Über den Antrag, ob und wieviel später die Leistungsbescheinigung vorgelegt werden darf, entscheidet der Förderungsausschuß. Der Antrag ist beim Amt für Ausbildungsförderung unter Angabe der Gründe zu stellen. Wer diese Möglichkeit „verschläft“, wird mit dem Versuch, erst am Ende der Förderungszeit insgesamt die Verlängerung im Hinblick auf Zeitverlust in den ersten vier Semestern zu bekommen, momentan große Schwierigkeiten haben. Es gibt schon einige Verfahren deshalb vor dem Verwaltungsgericht....

Sorge um weitere Langzeitschäden

Giftstoff wurde nach Analyse durch Wissenschaftler aus der Produktion genommen

Eine außerordentlich positive Zusammenarbeit hat sich zur Verbesserung des Arbeitsschutzes zwischen dem Betriebsrat einer Kartonfabrik im Verwaltungsstellenbezirk Leer der IG Chemie Papier Keramik und der Universität in Oldenburg entwickelt. Der Betriebsratsvorsitzende dieser Firma zieht nach eingehenden Untersuchungen des Biochemikers Professor Dr. Höpner und des klinischen Chemikers Dr. Butte erfolgreiche Bilanz: „Die Dinge haben wir im Griff.“

Im Mai 1978 hatte die Verwaltungsstelle der IG Chemie berichtet, daß Arbeitnehmer an Pappmaschinen dieser Firma unter gesundheitlichen Beschwerden litten. Das Rohrleitungssystem dieser Maschinen wurde regelmäßig mit Pentachlorphenol (PCP) entkeimt. Die damit verbundene Gefahr war von den Beschäftigten und auch vom Betriebsrat zunächst nicht klar erkannt worden, nicht zuletzt deswegen, weil, wie der Betriebsratsvorsitzende erklärte, „statt des schlichten deutschen Wortes 'Gift' der entsprechende Ausdruck in französischer Sprache aufgedruckt war.“ Für den Betriebsrat gab es grundsätzliche Probleme, weil Schulungen die Auswirkungen gefährlicher Arbeitsstoffe nicht genügend berücksichtigen.

Der giftige Charakter von PCP war zwar bekannt, jedoch war eine Belastung von Arbeitnehmern über die Atemluft in der arbeitsplatztoxikologischen Literatur kaum berücksichtigt worden. In Laborversuchen in der Universität fanden Dr. A. Schrempf und der Chemotechniker C. Orliczek, daß PCP unter Anwendungsbedingungen des Betriebes jedoch außerordentlich leicht mit dem Wasserdampf in die Raumluft gelangt.

Aufgrund dieses Ergebnisses schaltete die IG Chemie Leer das Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg ein. Während der Aktionen der IG Chemie und des Betriebsrates setzte die Firmenleitung das Mittel PCP ab. Die

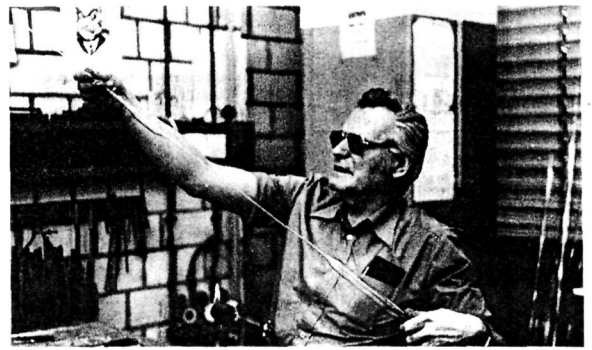
desverwaltungsamt (Institut für Arbeitsmedizin, Immissions- und Strahlenschutz) geprüft worden. Danach wurden keine Bedenken gegen den Einsatz erhoben.

In seiner positiven Einschätzung zum Ausgang der Zusammenarbeit zwischen dem Betriebsrat, der IG Chemie und der Oldenburger Universität kommt der Betriebsratsvorsitzende zu der Schlußfolgerung: „Im Grunde genommen ist ohnehin erst durch die von der Uni erbrachte Erkenntnis der Wasserdampflichkeit von PCP die weitere Tätigkeit des Betriebsrates in der Sache PCP beeinflusst worden. Betriebsräte sind mit der Hilfe der zuständigen Gewerkschaften auf die Hilfe von außerhalb, von unabhängigen 'fachorientierten' Stellen angewiesen. Die Zusammenarbeit sollte verstärkt werden.“

uk

Pentachlorphenol im Jadebusen?

Das BMFT hat dem Projekt „Lebensraum Küstenbereich“ einen Forschungsförderungsantrag bewilligt, mit dessen Hilfe geprüft werden soll, ob eine achtjährige, Ende 1978 beendete Einleitung pentachlorphenolhaltiger Abwässer zu heute noch nachweisbaren Belastungen des Wattsediments geführt hat. Die in Kooperation mit dem Bremerhavener Institut für Meeresforschung durchgeführte Untersuchung wird mit 168.000 DM gefördert. Die Leitung haben Prof. Dr. Th. Höpner und Dr. W. Butte.



Arbeitsplatz Universität: Glasbläser bei der Arbeit

Arbeitsplatz Universität

Weiterbildungsveranstaltungen des Personals

Im Mai dieses Jahres konnte erstmalig ein Programm für die Beschäftigten der Universität vorgelegt werden. Das Kursangebot, das auf der Grundlage einer Umfrage erstellt wurde, umfaßt sechs Veranstaltungen, die von Juni bis Oktober stattfinden sollen. Die Kursdauer wird als Dienstzeit angerechnet. Dieses gilt auch für halbtags beschäftigte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Für die Weiterbildungsveranstaltungen lagen zahlreiche Anfragen vor. Zur Zeit sind die einzelnen Angebote jedoch noch nicht ausgebaut, so daß das Zentrum für Weiterbildung darauf hinweist, daß weitere Anmeldungen entgegengenommen werden. Folgende Kurse wurden für die nächste Zeit vorbereitet:

● „Frauen im Dienstleistungsbereich der Hochschule“ ist ein Kurs, dessen Beginn auf den 25. Juni verschoben worden ist. Hier soll zum ersten Mal - ausgehend von den Erfahrungen der Teilnehmerinnen - die besondere Situation der Frauen aufgegriffen werden. Es soll besprochen werden, was diese Situation ausmacht, wie sie zustande kommt und welche gemeinsamen Interessen, Vorstellungen, Bedürfnisse Frauen formulieren können.

● „Arbeitsplatz Universität“ heißt der Kurs, mit dem Gudrun Buchholz und Henning Schrimpf sich an die Kolleginnen und Kollegen wenden, die schon länger an der Universität beschäftigt sind, aber noch keine Gelegenheit hatten, an dem Einführungskurs teilzunehmen. Ihrem Informations- und Diskussionsbedürfnis soll mit diesem Kurs entsprochen werden. Er beginnt am 7. Juli.

● „Die Universität als Arbeits- und Lebensraum“ ist ein Kurs mit eher experimentellem Charakter. Es soll versucht werden, sich mit dem Medium der Fotografie, Situationen, wie sie sich im Universitätsalltag ergeben, anzunähern, eine Sensibilisierung der Teilnehmer zu bewirken und diese mit kommunikationstheoretischen Ansätzen auf anschauliche Weise bekannt zu machen. Dieser Kurs soll am 2. Juli beginnen. Für alle Kurse ist die Anmeldung umgehend erforderlich. Nähere Informationen: Zentrum für Weiterbildung, VG 311, App. 385 oder VG 307, App. 382 (W. Dröge).

Christine Vogt

Forschungsprojekt Fachkommunikation

Seit Dezember 1979 läuft an der Oldenburger Universität unter der Leitung des Juristen Professor Dr. Klaus Lenk das Forschungsprojekt „Rechtsprobleme der Fachkommunikation“ (Mitarbeiter: Dr. Herbert Schwab, Josef Diekmann). Das aus Mitteln des Bundesministeriums für Forschung und Technologie geförderte Projekt befaßt sich mit der Erarbeitung wissenschaftlicher Grundlagen zur rechtlichen Gestaltung von Prozessen der Fachkommunikation.

Unter Fachkommunikation wird die Vermittlung der für die Arbeit in einem Fachgebiet erforderlichen Informationen verstanden. Fachkommunikation beschränkt sich aber nicht auf die Kommunikation unter Wissenschaftlern oder beruflichen Praktikern (Ingenieuren, Ärzten, Lehrern, Rechtsanwälten). Auch wenn ein einzelner Bürger oder eine Bürgerinitia-

tive um fachliche Informationen nachsucht, handelt es sich um Fachkommunikation (sog. Alltagskommunikation). Nach einer ersten Strukturanalyse des Gesamtbereiches sind demnach drei Ebenen zu unterscheiden: die Fachkommunikation unter Wissenschaftlern, die unter beruflichen Praktikern und schließlich die Alltagskommunikation.

Bereits durchgeführte Teiluntersuchungen haben sich mit Problemen des Zugangs zu Informationen (Frage des Bestehens von Informationsbarrieren), möglichen Rückwirkungen neuerer Formen der Informationsvermittlung (Informationsabruf von einem Bildschirmterminal) auf die „klassischen“ Informationsmittel (z.B. Buchhandel, Verlage, Bibliotheken) und dem Spannungsverhältnis zwischen der verfassungsrechtlich

gebotenen Informationsvielfalt und der Gefahr einer Informationsüberlastung des Endnutzers beschäftigt. Zur Zeit arbeitet die Forschungsgruppe an einer systematischen Erfassung der Tätigkeiten von Informationsvermittlern, an Fragen des Urheberrechtes (Fotokopierproblematik) und an verfassungsrechtlichen Fragestellungen. In einem letzten Schritt der Untersuchung werden rechtliche und politische Probleme der Alltagskommunikation, u.a. am Beispiel der Entwicklung des Bildschirmtextes, behandelt. Dabei geht es um Fragen der inhaltlichen Ausgewogenheit der Angebotsgestaltung und der Gleichheit der Kommunikationschancen.

Im Frühjahr 1981 will die Gruppe Vorstellungen zur rechtlichen und politischen Absicherung eines neutralen und pluralistischen Informationsangebotes vorlegen. Diekmann

„Lebensraum Küstenbereich“

„Lebensraum Küstenbereich“ heißt das neue Projekt, das die bisher im Projekt 44 („Umweltentwicklung und -planung im küstennahen Gebiet“) tätigen Naturwissenschaftler gegründet haben. Es setzt die Bearbeitung naturwissenschaftlicher Aspekte küstenökologischer Fragen in Zusammenhang mit Entwicklungsprozessen (Industrialisierung, Nutzungsintensivierung, Entsorgung, Gewässerverbauung) und ihren Folgen (Gewässer- und Wattökologie, Landschaftsgestaltung, Stoffkreisläufe und -bilanzen) fort. Initiatoren sind die Hochschullehrer Höpner, Krumbein, Schuller und Zeek, denen sich die wissenschaftlichen Mitarbeiter Butte und Zauke

angeschlossen haben. Die zur Zeit noch bestehende Beschränkung auf experimentalwissenschaftliche Methoden wird als Mangel empfunden, die Aufnahme von Planungs-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlern ins Projekt wird angestrebt. Die meisten naturwissenschaftlichen Studenten des Projekts 44 haben den Wechsel mitgemacht. Das neue Projekt setzt die traditionell intensive Mitarbeit in der ELAB fort. Der neue Name soll eine seit 1974 bestehende Kontinuität betonen: „Lebensraum Haareniederung“ hatte das Projekt 44 geheißen, bis die sich an die Küste erstreckende Forschungs- und Untersuchungstätigkeit das Korsett dieses Ur-Namens gesprengt hatte.

Kopie 10 Pf · Kopie 10 Pf · Kopie 10 Pf

Kopie 10 Pf · Kopie 10 Pf · Kopie 10 Pf

**Die richtige Adresse
für erstklassige und
preiswerte
FOTOKOPIEN
in Oldenburg:**

COPIER SERVICE
AMMERLÄNDER HEERSTRASSE 88 TELEFON 52091

Kopie 10 Pf · Kopie 10 Pf · Kopie 10 Pf

Littmanndruck

Ihr Partner bei all' Ihren
Aufgaben für die
Druckindustrie

Offsetdruck, Buchdruck

Rosenstraße 42/43
2900 Oldenburg
Telefon (04 41) 2 70 51/52

Kopie 10 Pf · Kopie 10 Pf · Kopie 10 Pf

Fund Sachen

„Nach Ihrer Mitteilung vom 5.5.1980 haben Sie den Schlüssel von Ihrem Zimmer AVZ 5-410 verloren. Diese Angaben reichen zur Prüfung dieser Angelegenheit leider nicht aus. Ich bitte Sie, die näheren Umstände des Verlustes (Ort und Zeitpunkt) zu schildern und mir mitzuteilen, welche Maßnahmen Sie ergriffen haben, den Schlüssel wiederzufinden.“

Schreiben des Dez. IV an Professor Dr. Wolff. Antwort Wolffs:

Ein Mensch, der manchmal was verliert weiß selten, wo ihm das passiert. Ob des Verlustes angeklagt und peinlich auch des „Wie“ befragt, besinnt er sich, wo er gewesen und tut deshalb den Stadtplan lesen. Drauf kann er manche Orte nennen, der Straßen Namen, die zu rennen er jeden Tag gezwungen ist. Ob es ihm damit auch gelungen ist, zu weissen des Verlustes Stelle, ist zweifelhaft. Doch ganz schnelle genügt er so der Forderung der Obrigkeit auf Fundsuchung. Drum merke: Wenn eine Sache zu beheben, wird immer einen Weg es geben, zu füllen Akten Seit um Seiten mit überflüss'gen Schreibarbeiten.

*

„In einem alten Notizbuch fand ich Ihre Anschrift. Vor ca. 18 Jahren habe ich bei Ihnen unbedruckte Fahrkarten als Arbeitsmittel für 1/2. Schuljahr bestellt. Kann man die noch bekommen und wenn ja in welchen Mengen?“ Helga Sielmann in einer Karte an das „Institut für Arbeitsmittel an der Pädagogischen Hochschule in Oldenburg.“

Parkmöglichkeiten im Grünen



Damit lange Lastzüge die Baustellen- und Ausfahrt am Uhlhornsweg passieren können, wurde vom Ordnungsamt der Stadt ein Halteverbot an beiden Straßenseiten erlassen. Ein Ersatzparkplatz wird während der Sommersemesterferien nördlich vom AVZ gebaut. In der Zwischenzeit ist es gestattet, auf dem Grünstreifen vor dem AVZ zu parken. Dazu soll es

erlaubt sein, wie die Verwaltung der Universität mitteilt, den Gehweg zu überqueren, ohne daß Straßenzettel verteilt werden. Diese Maßnahme trifft nicht auf ungeteilte Zustimmung, weil damit das letzte bißchen Grün am AVZ zerstört wird, während im Parkhaus die Paletten zum Teil leerstehen.

Foto: Koopmann

Kurz notiert • Kurz notiert • Kurz notiert

Die Freie Universität Berlin hat einen Modellversuch „Ergänzendes Aufbaustudium und weiterbildendes Studium für das Berufsfeld Öffentlichkeitsarbeit“ erarbeitet. Dieses Qualifikationsangebot richtet sich an Absolventen von Hochschulen und an Praktiker - auch ohne Hochschulzugangsberechtigung.

Die Bundesregierung hat sich am 22. Mai durch ihren parlamentarischen Staatssekretär im Wissenschaftsministerium, Björn Engholm, ausdrücklich für die Beteiligung der Gewerkschaften in der fachbezogenen Studienreformsdiskussion ausgesprochen. Die Studienreform müsse sich entwickeln und bewähren im Span-

nungsfeld von Ausbildungs- und Beschäftigungssystem. Das Hochschulrahmengesetz sähe deshalb auch ausdrücklich die Beteiligung von Vertretern der Berufspraxis - jetzt also auch der Gewerkschaften - an der Studienreform vor. Engholm beantwortete eine kleine Anfrage des SPD-Abgeordneten Weiskirchen, der die Einschätzung der Gewerkschaften an der überregionalen Studienreform wissen wollte.

Die Ruhr-Universität Bochum bietet als Träger des Modellversuchs „Hochschulpädagogische Ausbildung“ in ihrem Sommer-Programm 1980 verschiedene Veranstaltungen zur Fortbildung, Beratung und zum Training für Lehrende an Hochschu-

Anhörungen

„Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt: Theorie internationaler Beziehungen“ C 3 am Mittwoch, 25. Juni 1980, VG 206

8.00-9.00, Dr. Georg Simonis (Konstanz), 9.00-10.00, Dr. Wlfg. Schöller (Berlin), 10.00-11.00 Dr. K. Busch (Osnabrück), nachmittags VG 302

15.00-16.00, Dr. E. Häckel (Bonn), 16.00-17.00 Prof. Dr. M. Knapp (Frankfurt), 17.00-18.00, Dr. Kai Schellhorn (Unterfinning), Montag, 30. Juni 1980, VG 509

14.00-15.00, Dr. Othmar Haberl (Essen), 15.00-16.00, Dr. Peter Schulze (Berlin)

„Sonderpädagogik unter besonderer Berücksichtigung der Probleme Geistigbehinderter“ C 4 am Mittwoch, 25. Juni 1980, Birkenweg 3
8.30, Dr. Etta Wilken (Hildesheim), 9.45, Dr. Hans-J. Schmutzler (Dortmund), 14.00, Prof. Dr. Heinz Mühl (Mainz), 15.15, Dr. Hermann Meyer (Dortmund), 16.30, Dr. Ferdinand Klein (Erlangen), 17.45, Dr. John F. Kane (München), 19.00, Dr. Walther Dreher (Köln)

Kurz notiert

an. Als Kooperationspartner beteiligen sich die Gesamthochschule Duisburg, die Universität Essen, die Gesamthochschule Dortmund und die Hochschulen in Aachen an dem Versuch. Das genaue Veranstaltungsverzeichnis ist bei der Ruhr-Universität Bochum, Postfach 102148, 4630 Bochum, zu erhalten.

Der BdWi Sektion Oldenburg macht auf eine Mitfahrgelegenheit zum Kongreß „Wissenschaftler analysieren Konzeption und Funktion von Franz Josef Strauß“ am 27./28. Juni 1980 in Bonn aufmerksam. Das Programm des Kongresses und die Teilnehmerliste hängen am BdWi-Brett im Erdgeschoß des VG aus.

Personalien

Dr. Urho Mäkiranta, Universität Oulu (Finnland), der als Vegetationskundler und Ökologe schwerpunktmäßig über Wasservegetation arbeitet, besuchte gemeinsam mit dem Biologen Dr. Gerhard Wiegand verschiedene Gewässer im Nordwesten Niedersachsens, um über Probleme der Ökologie der Wasserpflanzen zu diskutieren.

Als wissenschaftliche Angestellte wurden eingestellt:

Wolfgang Bächtle (theoretische Physik) im Fachbereich IV
Kurt P. Günther (experimentelle Physik) im Fachbereich IV

Christian Leszczynski (Aufbau einer Psycho-sozialen Beratungsstelle) in der Zentralen Studienberatung
Norbert Mc Laughlin (Lektor im Fach Englisch) im Fachbereich II
Anne-Maria Schäfer (anorganische Chemie) im Fachbereich IV

Dr. Bernd Meyer (organische Chemie) im Fachbereich IV

Dr. Colin Black (Didaktik der englischen Sprache und Literatur) im Fachbereich II

Norbert Meissner (Ausbreitungsmodelle) im Fachbereich IV
Als wissenschaftliche Mitarbeiterin wurde eingestellt:

Luise Karkheck (bodenkundliche Kennzeichnung und Nuklidaus-tauschgleichgewichte von Marschböden) im Fachbereich IV

In der Bibliothek wurden eingestellt:

Annelie Schönlöcher
Helga Dabelstein

In der ZETWA wurden angestellt:

Rolf Weinert (Chemielaborant)
Renate Bähr (technische Assistentin)

Sabina Seffer wurde als technische Angestellte im Fachbereich I eingestellt.

Helge Meyer wurde als Hausmeister im Dezernat 4 eingestellt.

Spedition Möbeltransport International DEUS

TEL. (0441) 71001

Anna Thye
Buchhandlung
Inh. Gottfried Sieler

Gegr. 1. 9. 1800

29 OLDENBURG

Schloßplatz 21 / 22
Postfach 4780
Ruf (0441) 2 52 88



JEANS
von
Horten
Levis • Wrangler • Pioneer • Lois • Settler

Schreibmaschinen

neu und gebraucht, sowie diverse Büromaschinen mit Service und Garantie

- Manuelle Schreibmaschinen ab DM 85,-
- Elektrische Schreibmaschinen ab DM 185,-
- Kugelschreibmaschinen ab DM 759,-

Weitere Büromaschinen auf Anfrage!!

EBS ERLBECK

Weddigenstraße 3 • 2900 OLDENBURG • Fernruf (0441) 8 51 25

Verkauf Montag bis Freitag 17-18.30 Uhr oder nach Vereinbarung

Bücher sind ein unentbehrlicher Begleiter auf dem Weg durch Ihr Studium

*

In unserer wissenschaftlichen Abteilung finden Sie die für Sie notwendigen Bücher in großer Auswahl



BUCHHANDLUNG
BÜLTMANN & GERRIETS
Lange Str. 57 • Ruf 2 66 01
Postfach 141



2 Stunden
Examensarbeiten-Service

Fotokopien
Buchbindarbeiten
Zeitschriften Berichte



HENCKUS
Buchbinderei
Edewechter Landstraße 50
29 Oldenburg
Telefon 0441-50 23 97

Littmann Druck

Ihr Partner bei all' Ihren Aufgaben für die Druckindustrie

Offsetdruck • Buchdruck

Rosenstraße 42/43
2900 Oldenburg
Telefon (0441) 2 70 51/52

SPANHAKE
aktuell

in • basteln • basteln • bast

Jeder braucht ein Hobby

Auch Du!

Bei uns findest Du die Auswahl, um Dir Dein ganz persönliches Hobby auszusuchen.

Wir bieten über Basteln, Modellbau bis zur Renovierung alles aus einer Hand!

oldenburg - lange str.

Grund- & bodensolide

ÖBS

Immobilien
GmbH

OLDENBURG MARKT RUF 0441/2371

Mit der OBS den Grundstein legen.

ÖBS

Öffentliche
Bausparkasse

OLDENBURG • BREMEN • WILHELMSHAVEN

Die Bausparkasse der Sparkassen mit Heimvorteil